

SOZIAL INFO



2/2016

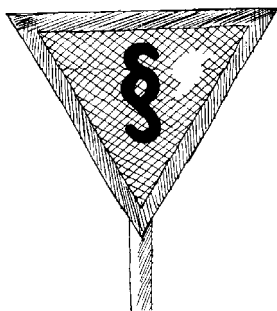
Urteile	2
SGB II	
Rechtsvereinfachungsgesetz - Stand der Dinge	12
Sanktionen und Kürzungen of zu Unrecht	13
Referentenentwurf: Ansprüche ausländischer Personen nach SGB II/XII	14
Deutschkurse für Zuwanderer und Flüchtlinge	15
Jobcenter führen elektronische Akte ein	16
SGB III	
BEA: Elektronische Arbeits- und Nebeneinkommensbescheinigung	16
Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung verabschiedet	16
Sonstige Rechtsgebiete	
Bundesteilhabegesetz - BTHG Referentenentwurf	16
Neuregelung Mutterschutz	17
Gesetzesentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen	17
Bundesregierung legt Integrationsgesetz vor	18
Basis-Girokonto für Jedermann seit 19.06.2016	19
Fast 6 % mehr Rente	19
Rückwirkende Befreiung vom Rundfunkbeitrag?	20
Studium und Ausbildung während des Asylverfahrens	20
Sachverständige fordern Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes	20
Literaturtipps / Links	21
Analysen	
IAB: Entwicklung der Aufstocker nach Mindestlohn-Einführung	22
IAB: Löhne von Frauen und Männern	22
IAB: Evaluations-Ergebnisse: Öffentlich geförderte Beschäftigung NRW	22
In eigener Sache	
AZD-Leistungen 2015 auf einen Blick	23
Einrichtungen stellen sich vor	
Caritasverband Düsseldorf: EnergieSparService	24



Abschließende Einkommensanrechnung nach durchschnittlichem Einkommen

1. Die eine vorläufige Bewilligung von Alg II mit prognostiziertem durchschnittlichen Erwerbseinkommen ablösende endgültige Bewilligung muss nach dem Durchschnitt der im Bewilligungszeitraum tatsächlich erzielten Erwerbseinnahmen erfolgen.
2. Eine Ausnahme hiervon gilt nur dann, wenn das tatsächliche monatliche Durchschnittseinkommen aus Erwerbstätigkeit nicht um 20 EUR höher liegt als das vorläufig angenommene monatliche Erwerbseinkommen. In diesem Fall ist bei der endgültigen Regelung weiterhin mit dem ursprünglich prognostizierten Erwerbseinkommen zu rechnen.
3. Die entsprechenden Regelungen des § 2 Abs. 3 der Alg II-V verletzen kein höherrangiges Recht.

SG Halle (Saale), Urteil vom 16.02.2016, S 7 AS 4358/14



Keine Abzweigung von Alg II

1. Das einem Unterhaltsschuldner bewilligte Arbeitslosengeld II ist als soziokulturelles Existenzminimum auch bei einer Erwerbstätigkeit der Auszahlung an Unterhaltsgläubiger entzogen.
2. Eine Abzweigung kommt auch nicht in Höhe des Freibetrages, der bei der Leistungsberechnung von einem zu berücksichtigenden Einkommen abzusetzen ist, in Betracht.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 21.01.2016, L 6 AS 1200/13

Absetzung von Versicherungsbeiträgen auch bei fehlender Versicherungsnehmereigenschaft

Die Absetzung von Beiträgen für eine Kfz-Haftpflichtversicherung vom Einkommen des Leistungsberechtigten nach Maßgabe des § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 SGB II a.F. (§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II n.F.) setzt nicht voraus, dass der Leistungsberechtigte Versicherungsnehmer der für das maßgebliche Fahrzeug abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtversicherung ist. Ausreichend ist, dass er Halter des Fahrzeuges ist, d.h. dass ihm das betreffende Fahrzeug nicht nur ganz vorübergehend zur eigenbestimmten Nutzung überlassen ist, und er tatsächlich für alle mit dem Betrieb des Fahrzeuges zusammenhängenden Kosten aufkommt.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 27.11.2015, L 11 AS 941/13

Anrechnung von Kindergeld bei den Eltern

Kindergeld ist den Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen, als Einkommen zuzurechnen, auch wenn das Kind selbst keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hat.

Das LSG hat in seinem Urteil ausgeführt, dass das Kindergeld als Einkommen der bedürftigen Eltern zu werten ist. Sowohl das Kindergeld als auch die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende würden der Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums dienen. Das Kindergeld könne daher bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II der Eltern angerechnet werden. Dies gelte nicht nur dann, wenn das Kind ebenso wie seine Eltern bedürftig ist. Das Kindergeld mindere auch dann den Bedarf seiner Eltern, wenn das Kind vermögend sei und daher selbst keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hat.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 15.10.2015, L 6 AS 1100/15

Fahrtkostenpauschale bei Nebentätigkeit anrechnungsfrei

Erhält ein Bezieher von Alg II mit einem Nebenjob eine Fahrtkostenpauschale für Fahrten im Auftrag des Arbeitgebers, wird diese nicht als Einkommen angerechnet.

Im entschiedenen Fall arbeitete ein arbeitete ein Alg II-Berechtigter als Gärtner 10 Stunden monatlich für 100 EUR. Dazu erhielt er eine Fahrtkostenerstattung für die Entsorgung von Grünabfällen in Höhe von 25 EUR monatlich. Das Jobcenter rechnete die Fahrtkostenerstattung als Einkommen an und machte eine Erstattungsforderung bei dem Arbeitslosen geltend.

Die hiergegen von dem Arbeitslosen erhobene Klage hatte jedoch Erfolg. Die vom Arbeitgeber gezahlten Fahrtkosten stellten keine anrechnungsfähige Einnahme des Klägers dar. Denn die Fahrtkostenpauschale bewirke kein Mehr an zum Lebensunterhalt zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern gleiche nur vom Arbeitgeber veranlasste Unkosten des Klägers aus. Die Pauschale orientiere sich an den bei der Entsorgung der Grünabfälle entstehenden Kosten von 0,30 EUR pro Kilometer.

SG Dortmund, Urteil vom 04.04.2016, S 31 AS 2064/14



Kein Erwerbstätigenfreibetrag bei Ausbildungsgeld und BAB

Eine Erwerbstätigenpauschale oder ein Erwerbstätigenfreibetrag nach § 11b SGB II ist nur bei Einkommen aus einer ausgeübten Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen. Weder das Ausbildungsgeld noch die Berufsausbildungsbeihilfe sind Einkommen aus Erwerbstätigkeit und auch nicht wie solches zu behandeln.

LSG Hessen, Urteil vom 09.03.2016, L 6 AS 379/15

Alg nur für einen Tag?

Die Frage der Arbeitsbereitschaft bei einer geplanten Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld für einen Tag, um einen zukünftigen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu sichern, ist eine Tatsachenfrage, die nicht allein nach den Angaben des Arbeitslosen im Formblattantrag der Bundesagentur für Arbeit zu beantworten ist.

Die Fragen zur Arbeitsbereitschaft und zur Bereitschaft, die Arbeitslosigkeit durch Eigenbemühungen zu beenden, sind Erklärungen zum Vorliegen subjektiver Tatsachen als Voraussetzung der Verfügbarkeit. Es handelt sich nicht um Willensklärungen, die soweit sie unangefochten und damit wirksam bleiben Tatbestandswirkung entfalten und damit einem Leistungsanspruch entgegenstehen. Ausgehend von Erklärungen im Formblattantrag sind die tatsächlichen Umstände zu den subjektiven Tatbestandsmerkmalen zu ermitteln. Einer Erklärung im Formblattantrag ist hierbei aber zumindest eine indizielle Wirkung beizumessen.

Im entschiedenen Fall hatte die Klägerin ihr Arbeitsverhältnis zum

15.04.2014 gekündigt, um ab dem 17.04.2014 ein Studium aufzunehmen. Sie begehrte daher Arbeitslosengeld für nur einen Tag, nämlich den 16.04.2014. Im Laufe des Verfahrens stellte sich heraus, dass ihr Interesse vor allem darin bestand, den Anspruch auf Alg für die Zeit nach dem Studium sicherzustellen. Wäre der Alg Anspruch entstanden und am 16.4.2014 Alg bezogen worden, hätte Sie nach der Unterbrechung der Arbeitslosigkeit durch das Studium 4 Jahre Zeit, den Restanspruch wieder geltend zu machen. Im Antragsverfahren gab es noch die Besonderheit, dass die Klägerin die Frage, ob sie alle Möglichkeiten nutzen werde, die Beschäftigungslosigkeit zu beenden, irrtümlicherweise auch verneint. Das Gericht vertritt jedoch die Ansicht, dass den Erklärungen im Formblatt zumindest indizielle Wirkung beizumessen ist. Entscheidend sei jedoch, dass sich aus den Gesamtumständen keine Bereitschaft der Klägerin objektivieren lasse, dass sie die Absicht hatte, am 16.04.2014 ein versicherungspflichtiges mindestens 15 Wochenstunden umfassendes Beschäftigungsverhältnis

aufzunehmen. Entscheidend war für das LSG vor allem, dass allein das erklärte Ziel der Klägerin, für den 16.04.2014 eine Zahlung von Alg zu erhalten, denotwendigerweise den Willen ausschließt, an diesem Tag eine anspruchsausschließende Beschäftigung auszuüben.

LSG Bayer, Urteil vom 30.09.2015, L 10 AL 278/14

Anmerkung:

Fälle sehr kurzer Verfügbarkeit sind nur schwer zu beurteilen und in der Rechtsprechung nicht ausreichend geklärt. Kann man sich z.B. lediglich für einen Tag arbeitslos und damit zur Verfügung stellen, obwohl damit die Anspruchsvoraussetzung „Aufnahme einer mindestens 15 Wochenstunden umfassenden Beschäftigungsverhältnisses“ gar nicht erfüllt werden kann? Claus-Peter Bienert, Richter am LSG Berlin Brandenburg hat die vorliegende Entscheidung zum Anlass genommen, einige grundlegende Überlegungen anzustellen, die im info also 1/2016 (s. 8ff) abgedruckt sind.

Auf die Notwendigkeit eines Folgeantrags muss zeitnah hingewiesen werden

Die von einem zugelassenen kommunalen Träger abweichend von der Weisungslage bei Gemeinsamen Einrichtungen geübte Praxis, nicht erst ein Monat vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes sondern in dem Monate davor ergangenen Bewilligungsbescheid auf die Notwendigkeit eines Folgeantrages hinzuweisen, genügt nicht der vom BSG verlangten Belehrung im zeitlichen Zusammenhang mit der Beendigung des Leistungsbezuges.

Es entspricht der Konzeption des SGB II mit dem Gedanken des Förderns und Forderns sowie dem Existenzsicherungsanspruch aus Art. 1 Abs. 1 i.V. mit Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz, dass der Grundsicherungsträger die Leistungsempfänger von sich aus effektiv beraten muss, so dass diese ihre Rechte rechtzeitig in Anspruch nehmen können.

Der Pflicht, den Hinweis auf den Folgeantrag im zeitlichen Zusammenhang mit dem Ende des Bewilligungszeitraumes zu erteilen, kommt der Grundsicherungsträger nicht dadurch nach, dass er bereits mit dem früheren Bewilligungsbescheid mitteilte, nach Ablauf des Leistungszeitraumes werde ein Neuantrag notwendig. Zweck einer zeitnahen Beratung ist es vor dem Hintergrund des Existenzsicherungszwecks des SGB II, darauf hinzuwirken, dass der Hilfebedürftige seine Grundsicherung geltend machen kann. Dazu soll er zu einem Zeitpunkt auf die Notwendigkeit eines Folgeantrages hingewiesen werden, zu dem er tatsächlich auch den Folgeantrag stellen kann.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 24.02.2015, L 7 AS 187/14



Mitwirkungspflicht eines Partners

Der Partner einer erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist dem JC gegenüber nicht verpflichtet, Vordrucke auszufüllen, die sich lediglich an solche Personen richten, die selbst Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beanspruchen.

Im entschiedenen Fall bildeten der Kläger und eine beim Jobcenter im Leistungsbezug stehende Frau nach Ansicht des JC eine Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft. Das JC verlangte mehrfach schriftlich, zuletzt im Bescheidwege, vom Kläger die Vorlage von Einkommensnachweisen sowie mehrerer auszufüllender Formblätter, um seine Einkommensverhältnisse zu überprüfen. Die Formblätter richteten sich ausschließlich an Personen, die ihrerseits Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II begehren. Der Widerspruch, den der Kläger darauf stützte, dass er niemals Leistungen bezogen oder beantragt habe, blieb ohne Erfolg.

Das Sozialgericht Gießen gab dem Kläger Recht. Nach Auffassung des Gerichts ist maßgebend, dass sich die übermittelten Formblätter, wie sich aus den jeweiligen Fragestellungen und aus den Unterschriftenleisten („Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller“) ergibt, lediglich an

Personen richten, die selbst Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beanspruchen. Der Kläger sei aber nicht Antragsteller und daher auch nicht zur Mitwirkung verpflichtet. Gegen seinen Willen könne er selbst dann nicht zum Antragsteller gemacht werden, wenn er Inhaber eines Anspruchs wäre. Der Aufforderung an den Kläger, der selbst die Bewilligung von Leistungen nicht anstrebte, fehlte es damit an der Rechtsgrundlage.

Im Verfahren ging es ausschließlich um die Frage der rechtlichen Tragfähigkeit des Auskunftsverlangens und nicht um die abschließende Klärung der Frage, ob eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft vorliegt. Selbst wenn nämlich der Kläger nach § 60 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB II als Mitglied einer solchen Gemeinschaft, also als „Partner“ zur Auskunft verpflichtet wäre, bedürfte es darüber hinaus der rechtsfehlerfreien Aufforderung zur Erteilung der Auskunft. In der Urteilsbegründung weist das Sozialgericht darauf hin, dass in der Rechtsprechung des BSG geklärt ist, dass der Leistungsträger von einem Partner, der selbst keine Leistungen beantragt, nach dem insoweit klaren Wortlaut des § 60 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB II nur die Erteilung von Auskünften, nicht aber die Vorlage von Belegen verlan-

gen kann. Jedenfalls bei der Anlage EK vollständig ausgefüllt mit Einkommensnachweisen in Form von Lohnabrechnungen handelt es sich um einen „Beleg“ im vorgenannten Sinne. Zu ihrer Vorlage ebenso wie zur Vorlage der Anlagen VM und KdU hätte der Kläger nicht aufgefordert werden dürfen.

SG Gießen, Urteil vom 23.02.2016, S 22 AS 1015/14



Kosten für die Ausstellung einer ärztlichen Bescheinigung für Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung

Im entschiedenen Fall hatte der Kläger im Rahmen eines WBA die Gewährung eines Mehrbedarfes wegen kostenaufwändiger Ernährung beantragt. Im Antragsvordruck bescheinigte der behandelnde Arzt, dass der Kläger seit ca. einem Jahr an Durchfällen mit Gewichtsverlust leide, erst die Kostumstellung auf laktosefreie Lebensmittel habe Besserung gebracht. Mit Rechnung verlangte der Arzt für diese Leistung 17,13 EUR, die der Kläger in bar beglich. Er beantragte beim Jobcenter die Übernahme der Kosten. Bewilligt wurde aber nur ein Betrag von 5,36 EUR mit der Begründung, nach der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und

der Berücksichtigung des 2,3-fachen Satzes könne nur dieser Betrag für eine kurze Bescheinigung verlangt werden.

Das SG verpflichtete das Jobcenter zur Übernahme der gesamten Kosten, die für die Ausstellung des ärztlichen Attestes angefallen sind. Denn Anspruchsgrundlage ist entgegen der Auffassung des Jobcenters nicht § 65a Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 62 SGB I. Danach kann derjenige auf Antrag Ersatz seiner notwendigen Auslagen und seines Verdienstausfalls in angemessenem Umfang erhalten, der einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach den §§ 61 oder 62 SGB I

nachkommt. Bei diesen Regelungen geht es jedoch um ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen. Im vorliegenden Fall hat der behandelnde Arzt des Klägers aber lediglich das Krankheitsbild des Klägers bescheinigt. Anspruchsgrundlage für die Übernahme der Kosten in Höhe von insgesamt 17,13 EUR ist im vorliegenden Fall nach Ansicht des Gerichts vielmehr § 21 Abs. 3 Satz 4 SGB X („Beweismittel“) i. V. m. § 670 BGB (Ersatz von Aufwendungen) in entsprechender Anwendung.

SG Braunschweig, Urteil vom 13.01.2016, S 17 AS 3211/12

Sozialhilfeleistungen für Unionsbürger?

In einer Presseinformation hat das LSG Berlin-Brandenburg über 2 aktuelle Entscheidungen informiert und den derzeit schwelenden Konflikt zwischen dem BSG und einzelnen Sozialgerichten zur Frage des Anspruchs von EU-Bürgern auf SGB XII-Leistungen, wenn sie vom SGB II ausgeschlossen sind, weil sie sich nur zum Zweck der Arbeitsuche in Deutschland aufhalten, prägnant zusammengefasst:

Die beiden für Sozialhilferecht zuständigen Senate des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg (15. und 23. Senat) haben am 13.04.2016 inhaltlich übereinstimmende Entscheidungen zur Gewährung von Sozialhilfeleistungen an Unionsbürger getroffen. Die Entscheidungen stehen in größerem Zusammenhang: Mit Urteilen vom 03.12.2015 hat der 4. Senat des Bundessozialgerichts die Tür für Sozialhilfeleistungen für Unionsbürger geöffnet (B 4 AS 44/15 R u.a.)

Dem schloss sich der 14. Senat des Bundessozialgerichts mit Urteilen vom 16.12.2015 an (B 14 AS 18/14 R u.a.).

In den entschiedenen Fällen geht es um Unionsbürger (u.a. aus Bulgarien, Rumänien und Griechenland stammend), denen Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) zu versagen waren, weil ihr Aufenthalt allein der Arbeitsuchendie (§ 7 Abs. 1 SGB II). Das Bundessozialgericht hat hier entschieden, dass zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zumindest seitens des kommunalen Sozialhilfeträgers Sozialhilfeleistungen im Ermessenswege zu erbringen seien (§ 23 Abs. 1 Satz 3 SGB XII).

Diese Entscheidungen des Bundessozialgerichts trafen in der Öffentlichkeit auf zum Teil harsche Kritik.

Mehrere erstinstanzliche Sozialgerichte sind den Entscheidungen des Bundessozialgerichts ausdrücklich entgegen getreten, so etwa das Sozialgericht Berlin in einem Urteil vom 11.12.2015; S 149 AS 7191/13 oder das Sozialgericht Speyer in einem Urteil vom 29.03.2016; S 5 AS 493/14.

Diese Kritik hält dem Bundessozialgericht entgegen, dass es sich über den Wortlaut des Gesetzes und über den Willen des Gesetzgebers hinwegsetze, weil erwerbsfähige Personen dem Regelungsbereich des Sozialhilferechts gar nicht unterfielen.

In zwei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes hatten die beiden für Sozialhilfe zuständigen Senate des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg nun auf der Grundlage der neuen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu entscheiden. Die Antragsteller in beiden Verfahren sind polnische Staatsangehörige, denen seitens des Jobcenters Leistungen nach dem SGB II verweigert wurden, weil sie sich lediglich zum Zwecke der Arbeitsuche in Deutschland aufhielten (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 SGB II). In beiden Fällen haben die Senate den Sozialhilfeträger zur Gewährung von Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt für zunächst drei Monate verpflichtet. Während dieser drei Monate habe der jeweilige Sozi-

alhilfeträger die weiteren Umstände des Einzelfalles und insbesondere den jeweiligen Aufenthaltsstatus der Antragsteller aufzuklären, um eine fundierte Ermessensentscheidung über die Weiterbewilligung von Sozialhilfe treffen zu können. Damit sind der 15. und der 23. Senat des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg zwar der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nicht entgegen getreten, haben den Sozialhilfeträgern aber weitere Ermittlungen auferlegt, die im Einzelfall auch dazu führen können, dass am Ende das nach § 23 Abs. 1 Satz 3 SGB XII bestehende Ermessen zu Lasten der Betroffenen ausgeübt wird oder dass aufgrund eines verfestigten Aufenthaltsrechts doch das Jobcenter nach dem SGB II leistungspflichtig ist. Die Beschlüsse sind rechtskräftig.

**LSG Berlin-Brandenburg,
Beschluss vom 13.04.2016,
L 15 SO 53/16 B und
Beschluss vom 13.04.2016,
L 23 SO 46/16 B**



Befreiung von Personalausweisgebühr bei Alg II

Bei Bezug von Alg II kann Anspruch auf eine Befreiung von der Personalausweisgebühr bestehen.

Im entschiedenen Fall hatte ein Berliner Bezirksamt einen Antrag auf Gebührenbefreiung für die Ausstellung eines neuen Personalausweises mit der Begründung abgelehnt, der Kläger sei nicht bedürftig, weil der Regelbedarfssatz seit dem 01.01.2011 einen Anteil von monatlich 0,25 EUR enthalte, der für die Personalausweisgebühr anzusparsen sei.

Die Klage hiergegen hatte Erfolg. Das Verwaltungsgericht verpflichtete die Behörde, über den Antrag auf Gebührenbefreiung neu zu entscheiden, weil sie verkannt habe, dass der Kläger im Sinne der Personalausweisgebührenverordnung bedürftig sei. Bedürftigkeit liege vor, wenn jemand seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend

finanzieren könne. Dies sei beim Kläger wegen des Bezugs von Sozialleistungen der Fall. Ob und in welchem Umfang eine Gebührenbefreiung gewährt werde, sei eine Frage des Einzelfalles. Nur in diesem Rahmen könne die Behörde berücksichtigen, ob der Personalausweisinhaber hinreichend Zeit gehabt habe, einen bestimmten Betrag „anzusparen“. Liege der Leistungsbezug aber - wie im entschiedenen Fall - erst kurze Zeit zurück, komme unter Umständen ein vollständiger Gebührenerlass in Betracht.

Die Kammer hat die Berufung gegen das Urteil wegen grundsätzlicher Bedeutung und wegen anderslautender obergerichtlicher Rechtsprechung zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zugelassen.

**VG Berlin, Urteil vom
21.04.2016, VG 23 K 329.15**



Pritschenwagen ist keine Unterkunft

Ein Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, der in der Fahrerkabine eines offenen Pritschenwagens nächtigt, kann dafür keine Kosten der Unterkunft geltend machen kann.

Das Jobcenter hatte einem Leistungsberechtigten zunächst die Kosten der Kfz-Haftpflichtversicherung sowie eine Heizkostenpauschale für die vorhandene Standheizung anerkannt, weil es davon ausgegangen war, dass es sich bei dem Fahrzeug um eine Art Wohnmobil mit geschlossenem Überbau handeln würde. Tatsächlich handelte es sich aber um einen offenen Pritschenwagen mit einem geschlossenen einreihigen Fahrerhaus ausgestattet, das eine Sitzbank mit drei Sitzplätzen beinhaltet. Eine Rückbank existiert nicht, und die Ladefläche ist offen. Dies stellt nach Ansicht des Gerichts keine Unterkunft im Sinne des SGB II dar, für die Kosten übernommen werden können. Es sei noch nicht einmal ein Mindestmaß an Privatsphäre gewährleistet und es fehle an der Vergleichbarkeit mit einer privaten Wohnung, die einen längeren Aufenthalt ermögliche.

LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 10.05.2016, L 9 AS 5116/15



Rückforderung bei verschwiegenem Vermögen

Im Falle eines verschwiegenen Vermögens besteht keine Rechtsgrundlage für die Beschränkung der Leistungsaufhebung und der Erstattung auf den Wert des zu verwertenden Vermögens.

Ob bei der Rücknahme von Bewilligungsbescheiden wegen verschwiegenem Vermögen rückschauend zu prüfen sei, ob und wie lange einzusetzende Beträge zur Bedarfsdeckung ausgereicht hätten, ist umstritten. Das LSG Hessen vertritt den Standpunkt, dass bei der Anrechnung verschwiegenen Vermögens nicht zwischen der Leistungsgewährung und der Rückforderung von Leistungen unterschieden werden kann (so auch LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 22.07.2011, L 12 AS 4994/10, LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 12.03.2010, L 5 AS 2340/08, LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 03.04.2014, L 7 AS 827/12). Wenn eine Leistung bewilligt wird, auf die wegen fehlender Hilfebedürftigkeit kein Anspruch besteht, ist diese Leistungsbewilligung insgesamt rechtswidrig. Deshalb

kann bei der Beurteilung dieser Leistung nicht danach differenziert werden, ob ein Anspruch auf diese Leistung geltend gemacht wird oder ob die Bewilligung dieser Leistung aufgehoben werden soll. Überlegungen zur Differenzierung bei der Anrechnung verschwiegenen Vermögens im Falle der Leistungsgewährung einerseits und der Rückforderung dieser Leistungen andererseits können auch nicht im Rahmen des § 50 SGB X angestellt werden. Ist eine Bewilligung aufgehoben worden, sieht § 50 SGB X vielmehr strikt vor, dass die aufgehobene Leistung vollständig zu erstatten ist. Deshalb kann eine Rückforderung auch nicht auf einen Zeitraum begrenzt werden, in dem die Hilfebedürftigkeit mit dem anrechenbaren Vermögen sicherzustellen gewesen wäre (so aber wohl Geiger, in: Münder (Hrsg.), Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitssuchende, Lehr- und Praxiskommentar, 5. Auflage 2013, § 12 Rdnr. 87).

LSG Hessen, Urteil vom 18.03.2016, L 7 AS 730/14

VHS-Vorbereitungskurses für mittleren Reife als BuT

Ein Anspruch auf persönlichen Schulbedarf kommt auch dann in Betracht, wenn ein Schüler sich in einem Tageslehrgang der Volkshochschule (VHS) auf den Erwerb des Realschulabschlusses vorbereitet. Auch hierbei handelt es sich um den Besuch einer allgemeinbildenden Schule im Sinne von § 28 Abs. 1 SGB II.

Zur Übernahme von Schulgebühren ist der Grundsicherungsträger dagegen nicht verpflichtet. Die in § 28 Abs. 2 bis 6 SGB II abschließend aufgezählten Leistungen für Bildungsbedarfe sehen eine solche Leistung nicht vor. Auch ein Anspruch aus § 21 Abs. 6 SGB II besteht nicht mangels Unabweisbarkeit nicht, da die Erlangung der mittleren Reife allen Schülern im Rahmen des allgemeinen Schulbesuchs kostenfrei möglich ist.

LSG Mainz, Urteil vom 27.04.2016, L 6 AS 303/15

Gewöhnlicher Aufenthalt und Wohnsitzauflage

Die Verpflichtung zur Übernahme der Kosten der Unterkunft nach § 22 Abs. 1 SGB II ist nicht ausgeschlossen, weil der Alg II-Berechtigte sich entgegen der ausländerrechtlichen Wohnsitzauflage im Zuständigkeitsbereich des Beklagten aufgehalten hat.

Örtlich zuständig ist das Jobcenter, in dessen Gebiet die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hiernach ist der gewöhnliche Aufenthalt einer Person dort, wo sie sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass sie dort nicht nur vorübergehend verweilen will. Für die Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts ist eine Wohnsitzauflage unmaßgeblich.

LSG NRW, Urteil vom 25.02.2016, L 7 AS 1391/14

Brille über Vermittlungsbudget

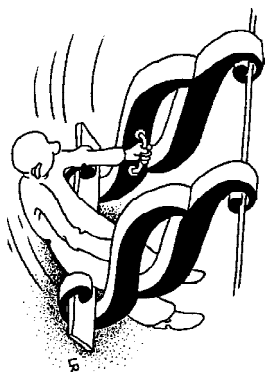
Bei einer mehr als geringfügigen Einschränkung der Sehfähigkeit kann eine ausreichende Einsatzfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nur durch eine entsprechende Sehhilfenverordnung erreicht werden. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf eine Bewilligung aus dem Vermittlungsbudget.

Zwar steht die Bewilligung von Leistungen aus dem Vermittlungsbudget grundsätzlich im Ermessen des Jobcenters. Vorliegend ist das Ermessen jedoch auf Null reduziert, weil es nicht dem Zweck der Ermächtigung zur Ermessensausübung entspreche, wenn

das Jobcenter die für eine dauerhafte Eingliederung in das Erwerbsleben notwendige Sehhilfenverordnung ablehnen würde.

Im entschiedenen Fall betrug die Sehschwäche -2,5 rechts und -2,25 links. Die Kosten für eine Nahsichtbrille und eine Fernsichtbrille beliefen sich auf insgesamt 147 EUR, was vom Gericht als „ausgesprochen preiswert“ und angemessen angesehen wurde.

SG Frankfurt, Urteil vom 22.03.2016, S 19 AS 1417/13



Kein Cannabis auf Hartz-IV oder Kassenrezept

Das Sozialgericht Trier hat in zwei Beschlüssen einen Anspruch auf Versorgung einer 30jährigen Hartz IV - Empfängerin mit Cannabis-Blüten (monatlich 45 Gramm zum Apothekenabgabepreis von über 700 EUR) zur Behandlung ihrer Gesundheitsstörungen abgelehnt. Es handele sich weder um einen berücksichtigungsfähigen Mehrbedarf eines Leistungsempfängers nach dem SGB II, noch um eine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Das Gericht argumentierte u.a., dass es für Erkrankungen wie ADHS, Morbus Crohn, und Schmerzen eine ganze Palette von Behandlungsmöglichkeiten gäbe und der ärztlich empfohlene Cannabis-Konsum somit nicht als alternativlos sei.

Neue Behandlungsmethoden dürfen nur erbracht werden, wenn zuvor der Gemeinsame Bundesausschuss entsprechende Empfehlungen abge-

geben oder der Gesetzgeber ausdrücklich entsprechende Normierungen vorgenommen habe. Beides sei bislang nicht erfolgt. Zwar gebe es aktuell politische Bestrebungen, diese Gesetzeslage für den Bereich der Krankenversicherung zu ändern; nach einem vorliegenden Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit sei beabsichtigt, in Zukunft eine betäubungsmittelrechtliche Verschreibungsfähigkeit für weitere Cannabisarzneimittel herzustellen. Dabei handele es sich aber nicht um geltendes Recht, sondern um rechtspolitische Zukunftspläne. Die (Sozial-)Gerichte seien nicht befugt, dem Gesetzgeber insoweit vorzugreifen, zumal noch nicht einmal feststehe, ob, wann und mit welchem konkreten Regelungsgelbalt die beabsichtigten Bestimmungen jemals in Kraft treten.

SG Trier, Beschluss vom 30.03.2016, S 5 AS 47/16 und 26.04.2016, S 5 KR 68/16 ER

Übernahme von Bewerbungskosten durch EGV

1. Wenn in einem Eingliederungsverwaltungsakt nach § 15 Abs. 1 S. 6 SGB II in erheblichem Umfang kostenträchtige Bewerbungen verlangt werden, ist eine Regelung zur Übernahme von Bewerbungskosten erforderlich. Eine Kostenregelung für Online Bewerbungen oder telefonische Bewerbungen ist regelmäßig nicht erforderlich.
2. Einstweiliger Rechtsschutz gegen einen Eingliederungsverwaltungsakt wendet sich gegen die Pflichten aus diesem Verwaltungsakt und steht in Bezug zu einer möglichen Sanktion. Soweit bereits ein Pflichtverstoß vorliegt, wird vorbeugender Rechtsschutz gegen eine Sanktion geltend gemacht.

LSG München, Beschluss vom 31.03.2016, L 7 AS 140/16 B ER

Kein Mehrbedarf bei Laktoseintoleranz

Einem Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II mit Laktoseintoleranz ist es möglich, sich laktosefrei zu ernähren, ohne dass hierdurch krankheitsbedingte Mehrkosten gegenüber einem Gesunden entstehen.

Im entschiedenen Fall hat sich das LSG auf das Gutachten einer als Diätassistentin und Diabetesberaterin ausgebildeten Sachverständigen gestützt. Diese kam in ihrem Gutachten unter Berücksichtigung auch der weiteren krankheitsbedingten Einschränkungen sowie unter Ausarbeitung von konkreten Ernährungsplänen für 30 Tage zu dem Ergebnis, dass sich eine ausgewogene Ernährung im Fall des Klägers kostenneutral durch den Einsatz natürlicher (nicht industriell verarbeiteter) Lebensmittel sicherstellen lasse. Ein Einsatz spezieller laktosefreier Produkte sei nicht erforderlich.

LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16.03.2016, L 6 AS 403/14

Keine Anrechnung von Trinkgeld

Trinkgeldeinnahmen von Hartz IV-Leistungsbeziehenden sind grundsätzlich nicht anzurechnen.

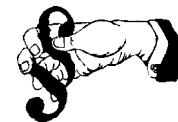
Im entschiedenen Fall hatte das Jobcenter bei einer Friseurin ein Trinkgeld von 60 EUR monatlich geschätzt. Nachdem die Klägerin gegenüber dem Jobcenter zunächst keine Angaben zu ihren Trinkgeldeinnahmen gemacht hatte, teilte sie im Klageverfahren mit, an manchen Tagen gar kein Trinkgeld, an anderen 2 EUR oder 2,50 EUR Trinkgeld erzielt zu haben.

Das SG hielt diese Frage jedoch letztlich für unerheblich, da Trinkgeldeinnahmen grundsätzlich nicht auf das Alg II anzurechnen seien. Das Geben von Trinkgeld beruht nicht auf einer rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung, sondern stellt eine freiwillige Leistung dar,

die eine besonders gelungene Dienstleistung honorieren und dem Dienstleistenden selbst zukommen soll. Wüsste der Kunde, dass das Trinkgeld im Ergebnis die Situation der Dienstleistenden nicht verbessert, weil sich im selben Umfang die Leistungen des Jobcenters vermindern, würde kaum noch Trinkgeld an die Betroffenen gezahlt werden. Dies wäre nicht nur ungerecht im Vergleich zu den Kollegen, die mehr verdienen und zusätzlich ihr Trinkgeld behalten dürfen, sondern auch schädlich für die Motivation der betroffenen SGB II-Leistungsbeziehenden und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Wegen Vorliegens einer unzumutbaren Härte hat daher die Anrechnung zu unterbleiben, sofern das Trinkgeld ca. 10 % der gewährten Hartz IV-Leistungen oder einen monatlichen Betrag von 60 EUR nicht übersteigt. Hilfsweise stellt die Kammer auch darauf ab,

dass die Einnahme von Trinkgeldern von maximal 60 EUR im Monat bzw. rund 10 % ihrer Leistungen nach dem SGB II die Lage der Leistungsberechtigten auch nicht im Sinne von § 11a Abs. 5 Nr. 2 SGB II so günstig beeinflusst hat, dass daneben insoweit aufstockende Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären. Bei dem Betrag von 60 EUR hat sich das Sozialgericht zur Orientierung auf eine BSG-Entscheidung berufen, in der in einem anderen Zusammenhang ein Zuwendungsbetrag von 60,- EUR als „gering“ bezeichnet und unter Außerachtlassung des Zuwendungsgrundes eine Anrechnung bei einer Zuwendung ausgeschlossen wurde (BSG, Urteil vom 28.02.2013 - B 8 SO 12/11 R)

SG Karlsruhe, Urteil vom 30.03.2016, S 4 AS 2297/15



Berücksichtigung von Spielgewinnen und -verlusten bei der Berechnung des Alg II

Im entschiedenen Fall waren dem Jobcenter aus Kontoauszügen des Klägers zahlreiche bar eingezahlte Beträge bekannt geworden. Mit seinem Vorbringen, dass er unter dem Strich keinen „Gewinn“ erzielt habe, weil die Spieleinsätze die Spielgewinne überstiegen, ist der Kläger im Widerspruchs-, Klage- und Berufungsverfahren ohne Erfolg geblieben.

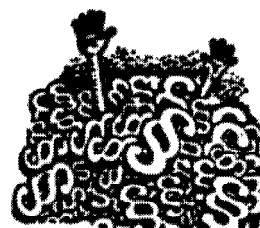
Das BSG hat nun die Revision an das LSG zurückverwiesen und ausgeführt, dass die Glücksspielgewinne als Einkommen nach den Vorschriften über Einkommen in sonstigen Fällen zu berücksichtigen sind. Entgegen der Ansicht des Klägers sind als notwendige Ausgaben nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 SGB II a.F. aber nur die Einsätze vom Spielgewinn absetzbar, die zum Spielgewinn geführt haben, nicht hingegen sämtliche aufgewendete Spieleinsätze. Für die Einkommensberechnung unbeachtlich sind Ausgaben, die überwiegend dem privaten Bereich zugeordnet werden können - wie die in erster Linie zur Befriedigung des Spielbedürfnisses aufgewendeten weiteren Spieleinsätze.

Das LSG hat nun noch Feststellungen zum Zeitpunkt und der konkreten Höhe der zugeflossenen Einnahmen zu klären. Nach Ausschöpfung sämtlicher verfügbarer Erkenntnisquellen wird das LSG im Falle der Unaufklärbarkeit nach den Grundsätzen der objektiven Beweislast entscheiden können. Zwar trägt grundsätzlich die Behörde die objektive Beweislast für die Voraussetzungen der Rücknahme eines Bewilligungsbescheides. Beruht die Nichterweislichkeit einer Tatsache, die der Sphäre des Leistungsberechtigten zuzuordnen ist, allerdings maßgeblich auf der durch ihn unterlassenen Mitteilung, kann dies im Falle der Nichtaufklärbarkeit zu seinen Lasten gehen. Im konkreten Fall folgt hieraus ggf., dass der Kläger als im streitigen Zeitraum durchgängig nicht hilfebedürftig angesehen werden könnte. Denn nach den bindenden Feststellun-

gen des LSG hat der Kläger monatlich ununterbrochen Spielgewinne erzielt und lagen die auf das Konto des Klägers eingezahlten Beträge deutlich unter den tatsächlich erzielten Einnahmen.

Kommt das LSG im wiedereröffneten Berufungsverfahren andererseits zu dem Ergebnis, dass nicht durchgehend von fehlender Hilfebedürftigkeit auszugehen ist, wird es zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Bescheide unter anderem zu berücksichtigen haben, dass die Einnahmen aus Spielgewinnen als einmalige Einnahmen im Regelfall auf einen angemessenen Zeitraum aufzuteilen und monatlich mit einem Teilbetrag anzusetzen sind.

BSG, Urteil vom 15.06.2016, B 4 AS 41/15 R





Fiktives Arbeitsentgelt im Nahtlosigkeitsfall

Liegt ein sog. Nahtlosigkeitsfall nach § 145 SGB III vor, ist bei der Festsetzung eines fiktiven Arbeitsentgelts nach § 152 Abs. 2 SGB III auch dann auf die bisherige qualifizierte Beschäftigung des Versicherten abzustellen, wenn er sie wegen seiner Erkrankung nicht mehr ausüben kann.

SG Karlsruhe Urteil vom 15.02.2016, S 5 AL 2222/15

Anmerkung:

In Fällen des Arbeitslosengeldanspruchs unter Anwendung der Nahtlosigkeitsregelung sind typischerweise (nach 18monatigem Krankengeldbezug im Anschluss an die Lohnfortzahlung des Arbeitgebers) im auf 2 Jahre erweiterten Bemessungsrahmen noch 150 Tage Anspruch auf Arbeitsentgelt anzutreffen. Es wird dann bei der ALG-Bemessung auf das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt zurückgegriffen. Im entschiedenen Fall hatte sich der Kläger jedoch nicht unmittelbar nach dem Ende des Krankengeldbezugs arbeitslos gemeldet, so dass eine fiktive Bemessung zu erfolgen hatte.

Auskunft muss richtig und unmissverständlich sein

Will ein Arbeitsloser von der Agentur für Arbeit wissen, bis wann ein Antrag auf Arbeitslosengeld zu stellen ist, muss die Antwort klar und deutlich sein. Erfolgt eine solche Auskunft ungenau, muss die Arbeitsagentur das gegen sich gelten lassen.

Das SG Gießen hat deshalb der Klage einer Klägerin stattgegeben, die am 01.12.2010 einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben hatte. Sie war dann längere Zeit im außereuropäischen Ausland beschäftigt und kehrte am 05.12. 2014 in die Bundesrepublik zurück, um hier am 08.12.2014 Arbeitslosengeld zu beantragen.

Die Agentur für Arbeit lehnte den Antrag mit der Begründung ab, die Klägerin hätte sich spätestens am 01.12.2014 arbeitslos melden müssen, sie habe die 4 Jahresfrist nach § 161 Abs. 2 SGB III versäumt und der frühere Anspruch sei deshalb erloschen. Die Klägerin machte demgegenüber geltend, ihre Mutter habe im September 2014 bei der Agentur

für Arbeit angerufen und dort die Auskunft erhalten, die Arbeitslosmeldung müsse bis Ende des Jahres 2014 erfolgen. Sie habe die Auskunft so verstanden, dass damit gemeint gewesen sei „bis spätestens 31.12.2014“.

Das Gericht hat in seiner der Klage stattgebenden Entscheidung ausgeführt, dass eine Auskunft „bis zum Ende des Jahres 2014“ zwar zeitlich ungenau sei, diese Ungenauigkeit gehe aber zu Lasten der Agentur für Arbeit. Die Mutter der Klägerin habe in dem Telefonat eine konkrete Frage gestellt. Erfolge auf eine solche konkrete Frage eine ungenaue Auskunft, müsse eine Behörde dies gegen sich gelten lassen. Ein Antragsteller habe nämlich Anspruch darauf, dass seine Fragen vollständig und richtig beantwortet werden. Eine Auskunft „bis Ende des Jahres“ lasse im Übrigen durchaus auch den Schluss zu, dass der Anspruch bis zum Ende des Jahres geltend gemacht werden könne.

SG Gießen, Urteil vom 08.07.2015, S 14 AL 13/15



Übernahme von Kosten für Schulbücher

Der Anspruch auf Übernahme von Kosten für Schulbücher ergibt sich - solange noch keine besondere Regelung besteht - jedenfalls vorübergehend aus § 21 Abs. 6 Satz 1 SGB II.

Im entschiedenen Fall war ein Bedarf von 470,90 EUR für zwei Schulkinder strittig. Das Jobcenter hatte einen Antrag auf Kostenübernahme abgelehnt. Die Kosten für Schulbücher seien bereits vom Regelbedarf umfasst. Das SG erkannte jedoch, dass der Bedarf schon aufgrund seiner Höhe nicht durch Einsparungen vom Regelbedarf zu decken ist. Denn das Regelbedarfsermittlungsgesetz sieht für Bildung lediglich 1,39 EUR pro Monat vor. § 73 Satz 1 SGB XII („Hilfe in sonstigen Lebenslagen“) kommt nicht in Betracht und § 28 Abs. 3 SGB

II ist nicht zum Kauf von Schulbüchern bestimmt. Zu beachten bleibt jedoch, dass nach der Rechtsprechung des BVerfG der Gesetzgeber für die Kinder im Leistungsbezug alle „Befähigungskosten“ zu tragen hat. Im Ergebnis sieht das SG nur die Möglichkeit, die Kosten über einen Mehrbedarf gem. § 21 Abs. 6 Satz 1 SGB II zu decken, da es sich um einen unabwiesbaren, laufenden nicht nur einmaligen besonderen Bedarf handelt, sofern in einem Bundesland keine oder nur eine unvollständige Lernmittelfreiheit besteht. Das SG folgt in seiner Argumentation im Wesentlichen Münder (SGB II, 5. Auflage, Rdn. 15 zu § 28 SGB II).

SG Hildesheim, Urteil vom 22.12.2015, S 37 AS 1175/15

Sperrzeiten bei zeitgleicher Ablehnung zeitgleicher Vermittlungsangebote

Bei zwei zeitgleich erfolgten Arbeitsablehnungen auf zwei zeitgleich ausgehängte Vermittlungsangebote treten zwei „erste“ Sperrzeittatbestände i.S. des § 144 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB III in der im Jahr 2010 geltenden Fassung (§ 159 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB III) und nicht eine erste und eine zweite Sperrzeit i.S. des § 144 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB III in der im Jahr 2010 geltenden Fassung (§ 159 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB III) ein.

LSG Hessen, Urteil vom 05.08.2015, L 6 AL 6/13



Erneute Zahlung einer Sozialleistung nach falscher Überweisung

Ein Rentner hatte der Service-Stelle des Rentenversicherungsträgers irrtümlich eine fehlerhafte IBAN seiner Bankverbindung mitgeteilt, diesen Fehler anschließend jedoch sowohl telefonisch als auch schriftlich unter Vorlage einer entsprechenden Bestätigung seiner Bank korrigiert, sodass die Service-Stelle noch vor der anstehenden Rentenzahlung über die richtige Bankverbindung informiert war. Gleichwohl überwies der Rentenversicherungsträger die Rente auf das ursprünglich angegebene falsche Konto, welches einer unbekannten Person gehört. Nachdem der Rentner den fehlenden Zahlungseingang auf seinem Konto moniert hatte, weigerte sich der Rentenversicherungsträger, erneut zu zahlen und meinte, der Rentner

könne sich das Geld bei dem falschen Empfänger selbst besorgen. Der Rentner, der für seine Lebensführung nahezu kein Geld mehr hatte, beantragte daraufhin beim Sozialgericht Koblenz den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Dem gab das Sozialgericht statt und gab dem Rentenversicherungsträger auf, das Geld unverzüglich auf das richtige Konto des Rentners zu überweisen. Dieser sei für die Fehlbuchung nicht verantwortlich, da er das richtige Konto noch rechtzeitig mitgeteilt habe. Ihm sei angesichts seiner finanziellen Situation auch nicht zumutbar, noch länger auf seine Rente zu warten.

SG Koblenz, Beschluss vom 08.04.2016, S 1 R 291/16 ER

Ablehnung von Beratungshilfe erfordert einzelfallbezogene Begründung

Die nachträgliche Gewährung von Beratungshilfe für die Einlegung und Begründung eines Widerspruchs darf nicht mit dem pauschalen Hinweis darauf abgelehnt werden, dass die antragstellende Person den Widerspruch selbst hätte einlegen können.

Da die Erfolgsaussichten eines Widerspruchs auch von dessen sorgfältiger Begründung abhängen, bedarf die Ablehnung der Beratungshilfe in solchen Fällen einer einzelfallbezogenen Begründung. Die verfassungsrechtlich gebotene Einzelfallprüfung muss konkret prüfen, ob ein bemittelter Rechtsuchender die Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe für das Widerspruchsverfahren in Betracht ziehen würde.

Der pauschale Hinweis auf ein angebliches Bestreben des Beschwerdeführers, für jegliche Lebenslagen eine anwaltliche Vertretung zu erlangen, trägt nicht die Annahme einer Mutwilligkeit des Antrags auf Beratungshilfe für das konkrete Widerspruchsverfahren wegen der Ablehnung einer Maßnahme zur medizinischen Rehabilitation.

BVerfG, Beschluss vom 07.10.2015, 1 BvR 1962/11

Rundfunkbeitrag verfassungskonform

Der Rundfunkbeitrag für private Haushalte mit dem Grundgesetz vereinbar.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in insgesamt 18 Revisionsverfahren entschieden, dass der Rundfunkbeitrag für private Haushalte verfassungsgemäß erhoben wird.

BVerwG, Urteil vom 18.03.2016, 6 C 6.15 u.a.

Überprüfungsanträge im Sozialrecht müssen konkret begründet werden

Im Sozialrecht kann für alle ergangenen Bescheide ein Überprüfungsantrag gestellt werden. Der Antrag muss aber konkret begründet werden und kann nicht pauschal alle ergangenen Bescheide beanstanden.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 23.02.2016, L 11 AS 1392/13

Prozesskostenhilfe - Keine vereinfachte Erklärung bei Alg II

Die Abgabe einer vereinfachten Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist nur für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII vorgesehen. Diese Personengruppe muss im Antragsformular auf PKH die Abschnitte E bis J nicht ausfüllen und nur den zum Zeitpunkt der Antragstellung aktuellen Bewilligungsbescheid des Sozialamtes beifügen, es sei denn, das Gericht ordnet dies ausdrücklich an.

Eine analoge Anwendung zugunsten von Antragstellern, die Leistungen nach SGB II beziehen und darüber einen Bewilligungsbescheid vorlegen, kommt nicht in Betracht. Eine Analogie erfordert eine vergleichbare Interessenlage. Ein Bescheid über Leistungen nach SGB II gibt aber nicht in vergleichbarer Weise wie ein Bescheid über Leistungen nach SGB XII Aufschluss über die Voraussetzungen der PKH, da das Recht der PKH an das SGB XII anknüpft und die Anspruchsvoraussetzungen nach SGB II und nach SGB XII voneinander abweichen.

Bundesfinanzhof, Beschluss vom 08.03.2016, V S 9/16 (PKH)

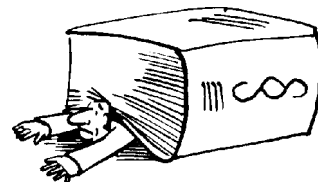
Anmerkung:

Bei den Bereichen E - J des Formulars werden folgende Informationen abgefragt:

- E - Bruttoeinnahmen
- F - Abzüge
- G - Bankkonten, Grundeigentum, KfZ und andere Vermögenswerte
- H - Wohnkosten
- I - sonstige Zahlungsverpflichtungen
- J - besondere Belastungen

Das PKH-Formular mit Hinweisblatt gibt es u.a. hier:

<http://tinyurl.com/hk4gksq>





Kindergeld für Elternteile, die im EU-Ausland leben

Lebt ein Kind im EU-Ausland bei der geschiedenen Ehefrau, ist sie, nicht aber der in Deutschland lebende Vater kindergeldberechtigt.

Im Streitfall beantragte ein in Deutschland wohnender deutscher Staatsangehöriger Kindergeld für seinen Sohn. Der Sohn lebte in Polen im Haushalt seiner Mutter, der geschiedenen polnischen Ehefrau des Klägers. Die Familienkasse lehnte den Antrag ab, weil sie der Ansicht war, der Anspruch auf Kindergeld stehe nicht dem Kläger zu. Kindergeldberechtigt sei die geschiedene Ehefrau. Dem stehe nicht entgegen, dass sie in Deutschland über keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt verfügt habe. Vor dem Finanzgericht (FG) hatte der Kläger Erfolg. Demgegenüber hob der BFH das Urteil des FG auf und wies die Klage ab.

Entscheidend ist hierfür die unionsrechtliche Vereinheitlichung der nationalen Regelungen zur sozialen Sicherheit (Art. 60 Abs. 1 Satz 2 der ab dem 1. Mai 2010 geltenden VO Nr. 987/2009). Danach ist bei Ansprüchen auf Familienleistungen in grenzüberschreitenden Sachverhalten die gesamte Familie so zu behandeln, als würde sie in dem Mitgliedstaat wohnen, dessen Familienleistungen beansprucht werden (Wohnsitzfiktion).

Da das deutsche Kindergeldrecht nicht danach unterscheidet, ob die Eltern eines Kindes verheiratet sind oder nicht, ist auch die geschiedene Ehefrau Familienangehörige. Somit gilt sie als mit dem Kind in Deutschland lebend. Damit steht ihr der Anspruch auf Kindergeld zu, da nach deutschem Recht das Kindergeld bei getrennt lebenden Eltern vorrangig an den Elternteil ausgezahlt wird, der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat.

Da der BFH Zweifel hatte, ob das Unionsrecht tatsächlich eine solch weitgehende Fiktion beabsichtigte, richtete er ein Vorabentscheidungsersuchen an den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), in dem der EuGH (Urteil vom 22. Oktober 2015 C-378/14 in der Rechtssache Trapkowski) entschied, dass die Wohnsitzfiktion zu einem Wechsel der persönlichen Anspruchsberech-

tigung von dem in Deutschland lebenden Elternteil zu dem im EU-Ausland lebenden anderen Elternteil führen kann. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn der im EU-Ausland lebende Elternteil keinen Antrag auf deutsches Kindergeld gestellt hat.

In seinem Urteil folgte der BFH der Beurteilung durch den EuGH. Die Entscheidung des BFH ist von allgemeiner Bedeutung für Fälle, in denen die Eltern eines Kindes in unterschiedlichen EU-Staaten leben und in keinem EU-Staat ein gemeinsamer Haushalt der Eltern und des Kindes besteht. In Bezug auf den Sohn, für den das Kindergeld beansprucht wurde, hat die Familienkasse nunmehr über den Kindergeldanspruch der geschiedenen Ehefrau zu entscheiden.

Inhaltsgleich hat der BFH in einem zweiten Urteil entschieden. Hier lebten die beiden Töchter des in Deutschland wohnenden Klägers bei ihrer in Griechenland lebenden Großmutter. Nach deutschem Recht kann ein Anspruch auf Kindergeld auch einem Großelternteil zustehen, der sein Enkelkind in seinen Haushalt aufgenommen hat. Der BFH folgte auch hier dem EuGH-Urteil Trapkowski. Somit war auch hier zu fingieren, dass die Großmutter mit ihren beiden Enkelinnen in Deutschland lebte. Ein Anspruch auf Kindergeld steht somit ihr zu und nicht dem Kläger.

Bundesfinanzhof, Urteil vom 04.02.2016, III R 17/13 und Urteil vom 10.03.2016, III R 62/12



Wegweisendes Mietwucher-Urteil

Das Hamburger Straßenmagazin „Hinz&Kunzt“ berichtet auf seiner Webseite von einem wegweisenden Urteil zum Thema Mietwucher (<http://tinyurl.com/hpprxra>). Konkret hatte eine GbR in Hamburg Zimmer zu Wucherpreisen vermietet, überwiegend an ehemals Obdachlose und Haftentlassene mit Alg II-Anspruch. Für 17 Quadratmeter wurden bis zu 350 EUR im Monat plus Nebenkosten verlangt. Das Landgericht hat nun eine Entscheidung des Amtsgerichts Hamburg bestätigt, dass „ein auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung“ bestehe und die Zwangslage der Mieter ausgenutzt wurde. So bleibt es dabei, dass die Firma über 52.000 EUR zu viel gezahlte Mieten plus 13.000 EUR Zinsen zurückzahlen muss.

Bemerkenswert ist jedoch zusätzlich, dass die Klage gegen die Firma vom örtlichen Jobcenter geführt wurde. Auch dies wurde vom Landgericht als zulässig bestätigt. Die Ansprüche der Mieter auf Erstattung der überzahlten Miete und Rückzahlung über-

zahlter Mietsicherheiten sind nach § 33 SGB II auf das Jobcenter übergegangen. Gemäß § 33 SGB II gehen Ansprüche von Leistungsempfängern gegen Dritte bis zur Höhe der geleisteten Aufwendungen auf den Leistungsträger über, wenn bei rechtzeitiger Leistung des Dritten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht erbracht worden wären. Dies ist hier der Fall. Die Ansprüche der Mieter auf Erstattung des überzahlten Mietzinses entstehen mit Zahlung der Miete. Wären gleichzeitig die Überzahlungen an die Mieter zurückgezahlt worden, wären Leistungen des Jobcenters auf die Kosten der Unterkunft in entsprechend geringerem Umfang erbracht worden.

Bleibt zu hoffen, dass auch andere Jobcenter bei Bekanntwerden von Mietwucher von dieser Klagemöglichkeit Gebrauch machen.

Landgericht Hamburg, Urteil vom 31.05.2016, 316 S 81/15

Rechtsvereinfachungsgesetz - Stand der Dinge

Nach langem Hin und Her hat der Bundestag am 23.06.2016 in dritter Lesung das Rechtsvereinfachungsgesetz beschlossen. Die zwischenzeitlich gegenüber dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungswünsche bezüglich der Behandlung temporärer Bedarfsgemeinschaften und zur Zwangsverrentung wurden letztlich doch nicht übernommen. Das bedeutet vor allem, dass bei den sog. temporären Bedarfsgemeinschaften alles beim Alten bleibt und keine Kürzung des Regelbedarfs beim Kind erfolgt, wenn ein Kind sich tageweise beim umgangsberechtigten Elternteil aufhält. Ebenfalls fallengelassen wurde die Idee, ältere Alg II-Berechtigte zu sanktionieren, wenn sie die vorgezogene Altersrente nicht beantragen bzw. beim Rentenanspruch nicht alle erforderlichen Unterlagen beibringen.

Allerdings wurden diverse andere Änderungen zum ursprünglichen Gesetzentwurf aufgenommen und letztlich auch verabschiedet, basierend auf einem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD. Die wichtigsten Änderungen bzw. Ergänzungen sind:

- Leistungsberechtigte, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen oder darüber hinaus notwendige berufsbezogene Sprachkenntnisse benötigen, sollen zu Integrationskursen gezwungen werden können, indem eine Teilnahmeverpflichtung in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen wird.
- Leistungsberechtigte sind schon immer verpflichtet gewesen, vorrangige Leistungsansprüche geltend zu machen. Diese Verpflichtung wird nun weiter verschärft. So erhalten die Jobcenter die Möglichkeit, die Leistungen solange zu entziehen oder zu versagen, bis die Leistungsberechtigten ihren Mitwirkungspflichten gegenüber dem anderen Träger nach den §§ 60 bis 64 SGB I nachgekommen sind. Diesen Vorschlag gab es zuletzt für die Fälle der Zwangsverrentung, also die Schaffung einer Möglichkeit, Alg II zu versagen, wenn die Rentenbeantragung daran scheitert, dass der

Antragsteller bei der Rentenversicherung nicht alle Unterlagen beibringt. In der vom Bundestag verabschiedeten Fassung gilt interessanterweise diese Verschärfung bei der Beantragung von vorgezogenen Altersrenten (Zwangsverrentung) ausdrücklich nicht!

Sobald die unterlassene Mitwirkung nachgeholt und dies dem Jobcenter bekannt wird, hat das Jobcenter die Versagungs- oder Entziehungsentscheidung rückwirkend aufzuheben.

- Bisher dürfen erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht länger als insgesamt 24 Monate in einem Zeitraum von fünf Jahren in Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden. Die Förderdauer bei AGH kann nun nach Ablauf der 24 Monate einmalig für weitere maximal 12 Monate verlängert werden, wenn die Zuweisungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt sind. Hiervon sollen vorrangig ältere Personen und Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern profitieren. Dem Maßnahmeträger können neben den Personalkosten für einen besonderen Anleitungsbefehl in Zukunft auch Personalkosten für eine notwendige tätigkeitsbezogene Unterweisung erstattet werden.
- Neuer Härtefall für Auszubildende: Auszubildende, die keinen BAföG-Anspruch haben, weil sie die Altersgrenze (§ 10 Abs. 3 BAföG) überschritten haben, können als Härtefall angesehen werden. Voraussetzung ist, dass wegen der Besonderheit des Einzelfalls keine Alternativen zu der angestrebten schulischen Ausbildung zur Verfügung stehen und ohne Leistungen zum Lebensunterhalt der Abbruch der Ausbildung droht. In diesem Fall werden die Leistungen zuschussweise erbracht.
- Vor allem für die Zielgruppe der Flüchtlingskinder, die erstmals in eine Schule im Bundesgebiet aufgenommen werden, werden die starren Auszahlungszeitpunkte für die Leistung des Schulbedarfspakets

(70 EUR zum 1. August und 30 EUR zum 1. Februar eines jeden Jahres) aufgeweicht. Schülerinnen und Schülern erhalten den Schulbedarf für das jeweilige Halbjahr künftig auch dann, wenn sie im jeweiligen Schuljahr erst nach den Stichtagen (1. August bzw. 1. Februar) erstmalig oder aufgrund einer Unterbrechung ihres Schulbesuches erneut in eine Schule aufgenommen werden.

- Die Sonderregelung im § 40 SGB II zum § 44 SGB X, mit dem die Verpflichtung zur Rücknahme rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte ohnehin eingeschränkt ist, wird weiter verschärft. Hintergrund sind die Entscheidungen des BSG, nach denen die auf vier Jahre verkürzte Frist nach § 44 Abs. 4 SGB X auf nicht begünstigende Verwaltungsakte, die insbesondere die Aufhebung, Erstattung und den Ersatz von bereits erbrachten Leistungen verfügen, keine Anwendung findet. Somit greift die bisherige Regelung des § 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II nicht. Durch eine Neufassung des § 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II wird nun die Rücknahme rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte grundsätzlich auf 4 Jahre begrenzt. Zu Unrecht nicht erbrachte Alg II-Leistungen werden aber nur bis zu einem Jahr nach Rücknahme des Verwaltungsaktes erstattet.



□ Anrechnung von Ernährung und Haushaltsenergie: Für Leistungsbe-rechtigte, die in einer Gemeinschafts-unterkunft ohne Selbstversorgungs-möglichkeit untergebracht sind, kann der Anspruch auf Alg II, soweit er sich auf Ernährung und Haushaltsenergie bezieht, in Form von Sachleistungen als erfüllt angesehen werden. Im Er-gebnis werden die Regelbedarfe um den Wert der Sachleistung „Ernäh-rung und Haushaltsenergie“ gekürzt, z.B. für Singles konkret um 156 EUR, für Paare um jeweils 140 EUR. Eine Fortschreibung der Beträge soll nicht erfolgen. Es handelt sich um eine be-

fristete Übergangsregelung bis zum 31.12.2018.

Nach der Gesetzesbegründung ist der Begriff „Gemeinschaftsunterkunft“ allerdings allgemein im Sinne einer Unterkunft zur gemeinschaftlichen Un-terbringung einer größeren Anzahl von Personen zu verstehen, und zwar ausdrücklich auch für Einrichtungen der Obdachlosenhilfe!

Wenn Kinder und Jugendliche aus Gemeinschaftsunterkünften an einem gemeinschaftlichen Mittagessen in Schule, Kita oder Kindertagespflege

teilnehmen, werden über das Bildungs-paket nicht nur die Mehraufwendun-gen, sondern die gesamten Aufwen-dungen (vertraglich geschuldete Ge-genleistung) für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule, Kita und Kin-dertagespflege berücksichtigt.

Das Gesetz bedarf noch der Zu-stimmung des Bundesrats, könnte aber noch wie geplant zum 01.08.2016 in Kraft treten. In diesem Fall wird im nächsten **SOZIAL INFO** eine Ge-samtübersicht zum Rechtsvereinfachungsgesetz erscheinen.

Sanktionen und Kürzungen oft zu Unrecht

Durch eine Antwort des BMAS auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping u.a. wird erneut bestätigt, dass es massenhaft rechts-widrige Sanktionen gibt.

Im Jahr 2014 wurden über eine Million Sanktionen verhängt, überwie-gend wegen Meldeversäumnissen beim Grundsicherungsträger (rund 739.000 Fälle - 76 %), gefolgt von Sanktionen wegen der Weigerung der Aufnahme oder Fortsetzung einer Ar-beit, Ausbildung oder Maßnahme (knapp 119.000 Fälle) und der Wei-gerung der Erfüllung der Pflichten der Eingliederungsvereinbarung (rund 104.000 Fälle).

Im Jahresdurchschnitt 2014 führten bundesweit bei fast 142.000 erwerbs-fähigen Leistungsberechtigten mit mindestens einer Sanktion zu einer durchschnittlichen Kürzung um 20 %. Dies entspricht einem durchschnittli-chen Kürzungsbetrag um 107 EUR.

2015 wurden 416.292 Leistungs-beziehende mit mindestens einer San-ktion belegt. Insgesamt stellten die 408 Jobcenter 980.115 Sanktionen gegen 416.292 erwerbsfähige Leistungsbe-rechtigte fest - 21.000 oder 2,1 % we-niger als 2014. Die bundesweit durch-schnittliche Sanktionsquote im Jahr

2015, d.h. das Verhältnis der erwerbs-fähigen Leistungsberechtigten mit mindestens einer gültigen Sanktion zu allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, liegt bei 3,2 %. „Spitzenreiter“ aller Bundesländer ist Berlin mit einer Quote von 4,6 %, gefolgt von Sachsen (3,8 %) und Rheinland-Pfalz (3,6 %). Die geringste Sanktionsquote weisen das Saarland (2,5 %) und Bremen (2,7 %) auf.

Auf Jobcenterebene ist die Sprei-zung noch größer und reicht von ei-ner Sanktionsquote von 1,25 % (Job-center Vulkaneifel) bis 4,02 % (Job-center Saalfeld-Rudolstadt).

Im Jahr 2015 wurden 51.100 Wi-dersprüche gegen Sanktionen erledigt, davon wurden 18.600 stattgegeben bzw. teilweise stattgegeben. Die Wider-sprüche waren demnach zu mehr als 36 % ganz oder teilweise erfolgreich!

Erledigte Klagen gegen Sanktionen gab es 2015 insgesamt 5.900, davon wurden 570 mit einem Urteil/Be-schluss stattgegeben bzw. teilweise stattgegeben und weitere 1.800 wur-den erledigt unter Nachgeben bzw. teilweisem Nachgeben seitens des Jobcenter. Über 40 % der Klagen gegen Sanktionsbescheide waren also ganz oder teilweise erfolgreich!



Bei den hier erfassten Sanktionen handelt es sich um Sanktionen gem. §§ 31,32 SGB II. Gesondert erfasst wur-den Widersprüche und Klagen gegen den zeitweisen oder dauerhaften Ent-zug als Folge fehlender Mitwirkung nach § 66 SGB I. In diesem Bereich gab es im Jahr 2015 insgesamt 14.200 erledi-gte Widersprüche, davon wurden 6.400 stattgegeben bzw. teilweise statt-gegeben. Die Erfolgsquote der Wider-sprüche liegt hier also bei rund 45 %.

Erledigte Klagen in der Kategorie „Mitwirkung“ gab es 2015 insgesamt 1.200. Davon wurde 90 Klagen mit einem Urteil oder Beschluss ganz oder teilweise stattgegeben und wei-tere 290 wurden erledigt unter Nach-geben bzw. teilweisem Nachgeben seitens des Jobcenter. Die Klagen waren demnach zu fast 32 % ganz oder teilweise erfolgreich.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage hat Katja Kip-ping hier veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2ahjtad>

Statistisches Material der BA zu Sanktionen, Widersprüchen und Kla-gen gibt es hier:

<http://snipurl.com/2ahjtem>

Referentenentwurf zu Ansprüchen ausländischer Personen nach SGB II / SGB XII

Das BMAS hat einen Referentenentwurf zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII auf den Weg gebracht. Hintergrund ist der Streit um die Frage der Leistungsansprüche von ausländischen Personen. Nachdem der EuGH bestätigt hat, dass der vorhandene Leistungsausschluss im SGB II nicht gegen europäisches Recht verstößt, überraschte das BSG mit seinen Entscheidungen, dass EU-Bürger spätestens nach sechs Monaten einen verfestigten Aufenthalt und damit Anspruch auf Sozialhilfe haben. Die Sozial- und Landessozialgerichte sind diesen BSG-Entscheidungen nur zum Teil gefolgt. Einige Gerichte haben sich deutlich gegen das BSG gewandt, weil der gesetzgeberische Willen eindeutig sei: Erwerbsfähige Ausländer sollen keine Sozialhilfe erhalten! Die BSG-Entscheidung sei u.a. „verfassungsrechtlich nicht haltbar“, urteilte z.B. jüngst das LSG Berlin-Brandenburg.

„Zur Klarstellung“ sah sich das BMAS nun zu einer Art Anti-BSG-Gesetz veranlasst, das im Wesentlichen vorsieht, EU-Bürger sowohl vom SGB II als auch vom SGB XII auszuschließen, wenn sie nicht erwerbstätig sind oder durch vorherige Erwerbstätigkeit Ansprüche aus der Sozialversicherung erworben haben. Erst wenn sich der Aufenthalt ohne Sozialleistungen nach einem Zeitraum von fünf Jahren verfestigt hat, soll es für Unionsbürger einen Zugang zum SGB II / XII geben. Eine Ausnahme soll es geben in Form einer Nothilfe aus dem SGB XII, um für bis zu vier Wochen den unmittelbaren Bedarf für Essen, Unterkunft, Körperpflege und medizinische Versorgung abzudecken. Damit kann die Zeit überbrückt werden, um die Rückkehr in das Heimatland zu organisieren, für die auch ein Darlehen bewilligt werden kann. Der dahinterliegende Gedanke ist, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern jederzeit gefahrlos in ihre Heimatstaaten zurückkehren und dort die nationale Sozialhilfe beziehen können, auf die sie als Mindeststandard nach Art. 13 der Europäischen Sozialcharta Anspruch haben.

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf Änderungen am SGB II und SGB XII vor. Im SGB II werden die Leistungsausschlüsse in § 7 Abs. 1 SGB II ergänzt und „klargestellt“. Im Ergebnis sollen dann folgende hilfebedürftige, erwerbsfähige Ausländerinnen und Ausländer und ihre Familienangehörigen anspruchsberechtigt sein:

- erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer (Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Selbständige), soweit die Erwerbstätigkeit nicht existenzsichernd ist,
- nichterwerbstätige EU-Ausländer, die nach § 2 Abs. 3 des Freizügigkeitsgesetzes/EU freizügigkeitsberechtigt sind*
- nichterwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer, die über einen Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen verfügen,
- nichterwerbstätige EU-Ausländer, die aus einem anderen Grund als der Arbeitsuche oder Artikel 10 der Verordnung (EU) Nummer 492/2011 freizügigkeitsberechtigt sind*², nach Ablauf der ersten drei Monate ihres Aufenthalts in Deutschland,
- nichterwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer ohne materielles Freizügigkeits- oder Aufenthaltsrecht oder denen ursprünglich ein Aufenthaltsrecht allein zum Zweck der Arbeitsuche oder Artikel 10 der Verordnung (EU) Nummer 492/2011 zustand oder zum Zeitpunkt der Antragstellung wieder zusteht, wenn sie seit ihrer wirksamen Anmeldung beim zuständigen Einwohnermeldeamt mindestens fünf Jahre ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatten,
- EU-Ausländern gleichgestellt sind Staatsangehörige aus den EWR-Staaten (Island, Liechtenstein und Norwegen), auf die das Freizügigkeitsgesetz/EU unmittelbar anwendbar ist, sowie Schweizer Staatsangehörige.

Da das BSG die in § 7 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 und 2 SGB II ausge-

nommenen Ausländer dem SGB XII zugeordnet hat, wird § 23 Abs. 3 SGB XII um eine § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II entsprechende Regelung ergänzt werden. Das bedeutet den generellen Leistungsausschluss für die ersten drei Monate des Aufenthaltes und die „Klarstellung“, dass wie im SGB II, Personen ohne materielles Freizügigkeitsrecht oder Aufenthaltsrecht ebenso wie Personen, die sich mit einem Aufenthaltsrecht allein zur Arbeitsuche oder nach Artikel 10 der Verordnung (EU) Nummer 492/2011*² in Deutschland aufhalten, von den Leistungen auch nach dem SGB XII ausgeschlossen sind.

Diese, vom SGB XII ausgeschlossenen Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, können aber zeitlich befristete Überbrückungsleistungen erhalten. Die zeitliche Befristung bedeutet: innerhalb von zwei Jahren einmalig bis zur Ausreise, längstens jedoch für vier Wochen!

Bei der Art der Überbrückungsleistungen handelt es sich um Leistungen zur Deckung des Bedarfs an Ernährung und Körper- und Gesundheitspflege sowie die angemessenen Aufwendungen für eine Unterkunft. In der Maximalfrist von vier Wochen soll eine angemessene Rückreisemöglichkeit gefunden werden.

Die Leistungshöhe wird entsprechend § 1a Abs. 2 AsylbLG festgelegt. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Bedarf der Leistungsberechtigten in dieser Phase über die genannten Leistungen nicht hinausgeht; insbesondere besteht ein geringerer Bedarf zur Teilhabe am sozio-kulturellen Leben. Eine Akut- und Schmerzversorgung sowie Hilfen bei Schwangerschaft und Geburt soll ebenfalls entsprechend dem AsylbLG gewährleistet werden. Für die Kosten der Rückreise selbst, wird - Bedürftigkeit vorausgesetzt - ein Rechtsanspruch auf ein Darlehen für die angemessenen Aufwendungen einer Rückfahrt eingeräumt. Man darf gespannt sein, über welches Verfahren dann ein solches Darlehen zurückgefordert werden wird.

(Fortsetzung: Referentenentwurf zu Ansprüchen ausländischer Personen ...)

Für die Gruppe der Ausländer und ihrer Familienangehörigen,

- denen kein Aufenthaltsrecht zusteht oder sich ihr Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, oder die
- ihr Aufenthaltsrecht allein oder neben einem Aufenthaltsrecht nach Nummer 2 aus Artikel 10 der Verordnung (EU) Nummer 492/2011*2 ableiten,

gibt es allerdings eine Ausnahme, die doch Zugang zu Leistungsansprüchen, sowohl im SGB II, als auch im SGB XII, begründet, nämlich wenn sich der Aufenthalt nach einem Zeitraum von fünf Jahren verfestigt hat. Die Frist beginnt mit der Anmeldung beim Einwohnermeldeamt. Unwesentliche Unterbrechungen (als Beispiel wird in der Gesetzesbegründung ein kurzer Heimatbesuch genannt) sollen zulässig sein. Beachtenswert ist, dass für die Erfüllung der 5-Jahresfrist der gewöhnlicher Aufenthalt ausreicht - rechtmäßig muss der Aufenthalt nicht unbedingt sein!

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) und der Gesamtverband der Paritätische haben bereits in Stellungnahmen das Gesetzgebungsvorhaben nicht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für vereinbar erklärt. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums stehe als Menschenrecht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen gleichermaßen zu:

<http://tinyurl.com/j7wnjs3>

Auch die Diakonie Deutschland vertritt die Auffassung, dass die Leistungsausschlüsse in SGB II und SGB XII für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die ihr Freizügigkeitsrecht rechtmäßig zum Zweck der Arbeitssuche in Anspruch nehmen, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind, und bezweifelt zudem auch die Vereinbarkeit mit Unionsrecht.

* FreizügG/EU:

„

- (1) Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehö-

rigen haben das Recht auf Einreise und Aufenthalt nach Maßgabe dieses Gesetzes.

[...]

(3) Das Recht nach Abs. 1 bleibt für Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige unberührt bei

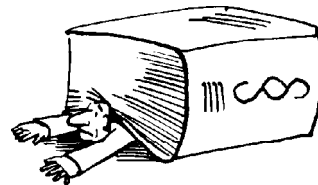
1. vorübergehender Erwerbsminderung infolge Krankheit oder Unfall,
2. unfreiwilliger durch die zuständige Agentur für Arbeit bestätigter Arbeitslosigkeit oder Einstellung einer selbständigen Tätigkeit infolge von Umständen, auf die der Selbständige keinen Einfluss hatte, nach mehr als einem Jahr Tätigkeit,
3. Aufnahme einer Berufsausbildung, wenn zwischen der Ausbildung und der früheren Erwerbstätigkeit ein Zusammenhang besteht; der Zusammenhang ist nicht erforderlich,

wenn der Unionsbürger seinen Arbeitsplatz unfreiwillig verloren hat.“

*2 Artikel 10 Verordnung (EU) Nr. 492/2011:

„Die Kinder eines Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats, der im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt ist oder beschäftigt gewesen ist, können, wenn sie im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats wohnen, unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen dieses Mitgliedstaats am allgemeinen Unterricht sowie an der Lehrlings- und Berufsausbildung teilnehmen.

Die Mitgliedstaaten fördern die Bemühungen, durch die diesen Kindern ermöglicht werden soll, unter den besten Voraussetzungen am Unterricht teilzunehmen.“



Deutschkurse für Zuwanderer und Flüchtlinge

Voraussichtlich ab Juli 2016 finanziert der Bund berufsbezogene Deutschkurse für Zuwanderer und Flüchtlinge. Die Sprachkurse sollen an die Integrationskurse anschließen, in denen unter anderem die Alltagssprache vermittelt wird. In den Anschlusskursen sollen berufsbezogene Sprachkenntnisse vermittelt werden. Sie beginnen in der Regel oberhalb des B 1-Niveaus. Während der Sprachkurse können sich die Teilnehmenden in einer Beschäftigung oder beim Praktikum qualifizieren oder eine Ausbildung machen. Auch Spezialmodule für einzelne Berufsgruppen sollen angeboten werden.

Die Steuerung des Zugangs zu den berufsbezogenen Deutschkursen liegt bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Arbeitsuchende Migranten und Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung können in einer Eingliederungsvereinbarung vom Jobcenter zur Teilnahme verpflichtet werden. Sie haben dann

Vorrang bei der Kursbelegung. Angestrebt ist auch eine Verknüpfung mit Maßnahmen der Arbeitsförderung (z.B. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 SGB III).

Wer bereits erwerbstätig ist, muss einen Kostenbeitrag zu den Sprachkursen leisten. Beschäftigte mit Alg II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Anspruch auf Arbeitslosengeld sowie Auszubildende sind aber vom Eigenanteil befreit.

Einzelheiten zur Trägerzulassung und zu den Fördermöglichkeiten regelt die Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (Deutschsprachförderverordnung - DeuFöV), die am 04.05.2015 vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen wurde:

<http://tinyurl.com/zugvws2>



Jobcenter führen elektronische Akte ein.

Nachdem die Agentur für Arbeit bereits auf die elektronische Akte (eAkte) umgestellt hat, wird nun auch für die Jobcenter die eAkte eingeführt. Als Bestandteil der eGovernment-Strategie soll so der Weg in das papierlose Büro geebnet werden.

Nach der bereits abgeschlossenen Pilotphase wird die eAkte sukzessive in allen gemeinsamen Einrichtungen eingeführt. Auch die Servicecenter wer-

den mit der eAkte SGB II ausgestattet. Die Einführung erfolgt in 6 Wellen und soll bis Mitte 2018 abgeschlossen sein.

Die eAkte erfordert, dass die gesamte eingehende Post durch einen Scandienstleister gescannt wird. Nur für eng begrenzte Fallgestaltungen (z. B. Vorlage von Originalunterlagen) soll es die alternative Möglichkeit des dezentralen Scannens im Jobcenter vor Ort geben.

BEA:

Elektronische Arbeits- und Nebeneinkommensbescheinigung

Arbeitgeber sind verpflichtet Arbeits- und Nebeneinkommensbescheinigungen (§§ 312, 313 SGB III) auszustellen. Üblicherweise geschieht dies in Papierform. Seit einiger Zeit kann die Bescheinigung auch in elektronischer Form erfolgen. Dieses Angebot der BA nennt sich BEA (Bescheinigungen Elektronisch Annehmen).

Die Arbeitsbescheinigung ist normalerweise der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber auszuhändigen. Nutzt ein Arbeitgeber

BEA, wird nach Dateneingang bei der BA ein PDF erstellt und dem Arbeitnehmer übermittelt.

Das Verfahren soll für alle beteiligten Zeit und Kosten sparen und in vielen Fällen zu kürzeren Bearbeitungszeiten führen.

Mehr Informationen gibt es unter

<http://snipurl.com/2agg117>

und über eine kostenlose Telefonhotline: 0800 4 5555 27

Stärkung der Weiterbildung

Das Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz - AWStG) ist vom Bundestag verabschiedet worden und wird grundsätzlich zum 01.08.2016 in Kraft treten. Die wesentlichen Inhalte des Gesetzes haben wir im letzten **SOZIAL INFO** (1/2016) dargestellt.

Für Umschülerinnen und Umschüler herausragend ist die Einführung der Weiterbildungsprämie: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an einer nach § 81 SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, erhalten Prämien: beim Bestehen einer durch Ausbildungsverordnung vorgeschriebenen Zwischenprüfung eine Prämie von 1.000 EUR, beim Bestehen der Abschlussprüfung eine Prämie von 1.500 EUR. Die Maßnahme muss allerdings nach dem 31.07.2016 begonnen haben, um von der Prämie profitieren zu können.

Bundesteilhabegesetz – BTHG Referentenentwurf

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll Menschen mit Behinderungen zu mehr Rechten verhelfen und ihre Lebenssituation verbessern. Zielgruppe sind damit etwa 7,5 Mio. Menschen mit Schwerbehinderung. Das BTHG ist Bestandteil des Koalitionsvertrags und soll auch die UN-Behindertenkonvention umsetzen. Dazu gehören z.B. Recht auf Zugang zur Arbeitswelt und das Angebot sozialer Dienstleistungen, die den Behinderten Inklusion, Selbstbestimmung und die Entscheidung, in der Gemeinschaft zu leben, ermöglichen.

Nach langer Vorlaufzeit und auf der Grundlage der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe wurde nun ein erster Referentenentwurf vorgelegt. Das SGB IX wird hierdurch völlig neu gefasst und die Eingliederungshilfe aus dem SGB XII herausgelöst und in das SGB IX über-

führt. Insgesamt handelt es sich um ein Mammutprojekt und so umfasst der Referentenentwurf auch bereits beachtliche 369 Seiten. Der Referentenentwurf, der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe und die Sitzungsergebnisse sind im Internet veröffentlicht:

<http://tinyurl.com/zc3k6t5>

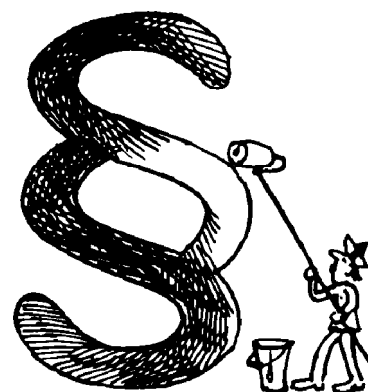
Eine Resolution des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) und viele weitere Informationen zum Bundesteilhabegesetz finden man unter

www.teilhabetgesetz.dbsv.org

Weitere kritische Einschätzungen gibt es z.B. bei

www.teilhabetgesetz.org

Die Weiterbildungsprämie wird im § 131a („Sonderregelungen zur beruflichen Weiterbildung) in das SGB III aufgenommen. Da im SGB II in § 16 Abs. 1 Nr. 4 ein Verweis auf § 131a SGB III besteht, können auch Alg II-Berechtigte mit der Prämie gefördert werden.





Neuregelung Mutterschutz

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Neuregelung des Mutterschutzrechts beschlossen. Eckpunkte des Gesetzentwurfs sind:

- Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung.

Die Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung wird von acht auf zwölf Wochen verlängert. Damit soll anerkannt werden, dass die Geburt in vielen dieser Fälle für die Mutter mit besonderen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist.

- Mutterschutz auch für Schülerinnen und Studentinnen

Schülerinnen und Studentinnen sollen in den Anwendungsbereich des MuSchG einbezogen werden, soweit die jeweilige Ausbildungsstelle

(z. B. Hochschule oder Schule) Ort, Zeit und Ablauf von Ausbildungsveranstaltungen verpflichtend vorgibt.

- Einheitliches Gesundheitsschutzniveau

Für alle Berufsgruppen soll ein einheitliches Gesundheitsschutzniveau geschaffen werden. Auch für Beamtinnen, Richterinnen, Soldatinnen, Studentinnen, Schülerinnen und Praktikantinnen soll ein ausreichender Mutterschutz während der Schwangerschaft, kurz nach der Entbindung und in der Stillzeit bestehen.

- Bessere Strukturierung der Vorschriften

Die Regelungen zum Mutterschutz sollen besser strukturiert und übersichtlicher gestaltet werden. Hierfür wird u.a. die Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz (MuSchArbV) in das Gesetz integriert.

- Ausschuss für Mutterschutz

Ein Ausschuss für Mutterschutz soll eingerichtet werden. Seine Empfehlungen sollen Orientierung bei der praxisgerechten Umsetzung der mutterschutzrechtlichen Regelungen bieten.

Das Gesetz soll am 01.01.2017 in Kraft treten. Der Gesetzentwurf findet sich hier:

<http://tinyurl.com/jptjc8d>



Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen

Die Koalitionspartner haben sich auf einen vom BMAS vorgelegten Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen geeinigt. Der Entwurf, der rund 1 Mio. Leiharbeiter betrifft, sieht folgende Kernelemente vor:

- Leiharbeiter erhalten nach neun Monaten den gleichen Lohn wie Stammbeschäftigte („Equal Pay“).
- Wenn für das Arbeitsverhältnis ein (Branchen-) Zuschlagstarifvertrag gilt, der eine stufenweise Heranführung des Arbeitsentgelts an „Equal Pay“ muss spätestens nach 15 Monaten ein Arbeitsentgelt erreicht werden, das dem Arbeitsentgelt der Stammbesellschaft entspricht. Das gleichwertige Arbeitsentgelt soll von den Tarifparteien der Zeitarbeitsbranche bestimmt werden.
- Die Höchstüberlassung wird auf 18 Monate in einem Betrieb begrenzt. In einem Tarifvertrag der Einsatzbranche oder auf Grund eines sol-

chen Tarifvertrages in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung können abweichende Regelungen vereinbart werden. In tarifgebundenen Unternehmen sind damit längere Einsatzzeiten von über 18 Monaten möglich. Sofern der Tarifvertrag eine Öffnungsklausel für Betriebs oder Dienstvereinbarungen enthält, können auch nicht tarifgebundene Entleiher davon Gebrauch machen, allerdings nur bis zu einer Überlassungshöchstdauer von längstens 24 Monaten.

- Leiharbeitern dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.
- Arbeitnehmer auf Werkvertragsbasis dürfen im laufenden Einsatz nicht nachträglich zu Leiharbeitern gemacht werden. Dazu erhalten die Betriebsräte bestimmte Informationsrechte.
- Nicht tarifgebundene Unternehmen dürfen Zeitarbeiter auch länger beschäftigen, wenn ein für den

Geltungsbereich repräsentativer Tarifvertrag das für Betriebsvereinbarungen ausdrücklich vorsieht.

- Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer werden bei den für die Mitbestimmung geltenden Schwellenwerten auch beim Entleiher berücksichtigt, sofern dies der Zielrichtung der jeweiligen Norm nicht widerspricht.

Der DGB und die IG Metall bewerten den Gesetzentwurf insgesamt positiv. DIE LINKE kritisiert hingegen u.a., dass der Entwurf den dauerhaften Einsatz von immer neuen Leiharbeitskräften auf dem gleichen Arbeitsplatz im Entleihbetrieb legitimiert und damit die Spaltung der Belegschaften zementiert. Im Gesetz müsse klar geregelt werden, dass Leiharbeit nur für vorübergehenden Bedarf zulässig ist (z.B. Auftragsspitzen, Personalengpässe, Krankheitsvertretungen) und für Dauerbedarf Stammarbeitskräfte eingestellt werden müssen.

Bundesregierung legt Integrationsgesetz vor

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (BT 18/8829) vorgelegt, mit dem für Asylbewerber ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt und die Integration durch Arbeit gefördert werden soll. Der Gesetzentwurf ist identisch mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (BT 18/8615). Ziel ist laut Vorlage neben einer „niedrigschwiligen Heranführung an den deutschen Arbeitsmarkt“ eine „sinnvolle und gemeinnützige Betätigung während des Asylverfahrens“. Insgesamt ist das Integrationsgesetz (IntG) - wie schon das SGB II - von dem Motto „Fördern und Fordern“ geprägt.

Das IntG beinhaltet folgende Eckpunkte enthalten:

- ❑ Für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln geschaffen. Das Programm ist nicht geöffnet für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für „vollziehbar ausreisepflichtige Personen“.
- ❑ Ablehnung oder der Abbruch von noch festzulegenden Integrationsmaßnahmen ohne wichtigen Grund führen zu Leistungseinschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz.
- ❑ Für Gestattete mit einer guten Bleibeperspektive, für Geduldete die nicht einem Beschäftigungsverbot unterliegen und für Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel soll der Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem SGB III befristet bis Ende des Jahres 2018 erleichtert werden.
- ❑ Zeiten der Teilnahme an einem Integrationskurs, einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung oder einer Maßnahme, die für die Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen erforderlich ist, sollen als unschädliche Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit gelten und so den Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Leistungen für Langzeitarbeitslose erleichtern.

- ❑ Die Aufenthaltsgestattung soll einheitlich für alle Schutzsuchenden mit dem Erhalt des Ankunfts nachweises entstehen.
- ❑ Personen aus bestimmten Ländern befinden sich extrem lange im Asylverfahren. Es soll geprüft werden, ob auch diese Personen von verschiedenen Orientierungsangeboten profitieren können.
- ❑ Ohne einen neuen Anspruch auf Dolmetscherleistungen zu schaffen, sollen Dolmetscher- und Übersetzungskosten künftig im Sozialverfahren und bei der Ausführung von Sozialleistungen eindeutig dem jeweils zuständigen Leistungsträger zugeordnet werden, wenn Berechtigte ihren gewöhnlichen Aufenthalt seit weniger als drei Jahren in Deutschland haben und andere Möglichkeiten der Sprachmittlung ausgeschöpft sind.
- ❑ Einheitliche Rechtsanwendung in Zusammenhang mit Verpflichtungserklärungen für Flüchtlinge, die über Landesaufnahmeprogramme nach Deutschland kommen.
- ❑ Während einer gesetzlichen oder tariflichen Ausbildungszeit erhalten Auszubildende eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung.
- ❑ Für einen Zeitraum von drei Jahren soll bei Asylbewerbern und Geduldeten gänzlich auf die Vorrangprüfung verzichtet werden (Zulassung für eine Tätigkeit in der Leiharbeit möglich).

- ❑ Eine unbefristete Niederlassungserlaubnis wird nur erteilt, wenn der anerkannte Flüchtling seinerseits Integrationsleistungen erbracht hat.
- ❑ Leistungskürzungen bei Fehlverhalten eines Asylbewerbers. Außerdem soll der Bedarfsanteil für den Strombedarf und die Hausinstandhaltungskosten für die Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, die nicht individuell diese Kosten selbst tragen müssen, aus dem Leistungssatz ausgegliedert werden (Kürzung um rund 34 EUR/Monat).
- ❑ Gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge durch „Wohnsitzzuweisung“. Eine Verletzung der Wohnsitzzuweisung soll zu „spürbaren Konsequenzen“ führen.

Konkret: Hält sich ein Ausländer entgegen einer räumlichen Beschränkung im Bundesgebiet auf oder wählt er seinen Wohnsitz entgegen einer Wohnsitzauflage oder einer Wohnsitzregelung nach § 12a des Aufenthaltsgesetzes im Bundesgebiet, darf der für den Aufenthaltsort örtlich zuständige Träger nur die nach den Umständen des Einzelfalls gebotene Leistung erbringen. Unabweisbar geboten ist regelmäßig nur eine Reisebeihilfe zur Deckung des Bedarfs für die Reise zu dem Wohnort, an dem ein Ausländer seinen Wohnsitz zu nehmen hat. Nur wenn besondere Umstände (zum Beispiel Reiseunfähigkeit) vorliegen, sind



weitergehende Leistungen zu gewähren.

- Bisher ist es nicht möglich, Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte (Inhaber eines Aufenthaltstitels gem. § 25 Abs. 1 oder Abs. 2 AufenthG) zur Teilnahme am Integrationskurs zu verpflichten, wenn bereits eine Verständigung mit einfachen deutschen Sprachkenntnissen möglich ist und diese keine Leistungen nach dem SGB II beziehen. Diese Gruppe sollte künftig ebenfalls zum Integrationskurs verpflichtet werden können.
- Effizientere Steuerung des Integrationskurssystems. U.a. soll die Wartezeiten auf einen Integrationskurs auf 6 Wochen bis Kursbeginn verkürzt und die Teilnehmerzahl von 20 auf 25 erhöht werden. Das Kursangebot soll transparenter gemacht werden. Der Orientierungskurs soll inhaltlich und zeitlich (von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten) erweitert werden.

Der Gesetzentwurf mit Begründung findet sich hier:

<http://tinyurl.com/znghtuu>

Der Bundesrat hat sich bereits mit dem Besetzentwurf befasst und sieht noch Nachbesserungsbedarf an einzelnen Passagen, insbesondere zur Ausbildungsförderung, den Integrationskursen und der Drittstaatenregelung (<http://tinyurl.com/j7m89ld>).

Von Pro Asyl, wie auch von anderen Wohlfahrtsverbänden und den beiden großen Kirchen, werden vor allem die geplante Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und die aufenthaltsrechtlichen Sanktionen kritisiert. Abgelehnt werden auch die geplanten Abschiebungen in vermeintlich „sichere Drittstaaten“, mit denen das Asylrecht ausgehöhlt und Flüchtlinge in Gefahr gebracht werden können.

Ein Positionspapier mit einer ausführlichen Bewertung der geplanten Maßnahmen hat u.a. Pro Asyl erstellt:

<http://tinyurl.com/heu22u4>

In den SOZIAL INFOs 1 und 2/2015 hatten wir über das geplante Basis-Girokonto („Jedermann-Konto“) berichtet, das auf der Grundlage des EU-Rechts nun auch in Deutschland angeboten wird. Die wesentliche Neuerung stellt das Recht eines jeden Verbrauchers auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen dar. Alle volljährigen Verbraucher, auch Wohnungslose, Asylsuchende und Personen ohne Aufenthaltsstatus, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgesprochen werden dürfen (sogenannte Geduldete), haben Anspruch darauf. Es gibt nur wenige Gründe, die es einem Geldinstitut erlauben, das Basis-Girokonto abzulehnen, nämlich

- wegen eines bereits vorhandenen Zahlungskontos (§ 35 ZKG)
- wegen strafbaren Verhaltens oder wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot (§ 36 ZKG)
- bei früherer Kündigung eines Basiskontos wegen Zahlungsverzugs (§ 37 ZKG)

Das Konto umfasst alle Funktionen, die zur Eröffnung, Führung und Schließung eines Zahlungskontos und der damit verbundenen Zahlungsdienste erforderlich sind.

Bei dem „Basiskonto“ handelt es sich grundsätzlich um ein Konto auf Guthabenbasis. Der Kunde erhält in der Regel kein Recht, Schulden zu machen - ein Dispokredit wird nicht eingeräumt.

Das Basis-Girokonto muss allerdings von den Banken und Sparkassen nicht kostenlos angeboten werden. Die Geldinstitute müssen jedoch sowohl vor Vertragsschluss als auch während der Vertragslaufzeit über alle Gebühren transparent informieren. Vergleichswebseiten zu den Kontokosten, die von privaten Anbietern angeboten werden, sollen den Verbrauchern künftig helfen, den Überblick zu behalten.

Das Zahlungskontengesetz (ZKG) wurde im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (<http://snipurl.com/2ahkvpu>) und ist am 19.06.2016 in Kraft getreten.



Fast 6 % mehr Rente

Das BMAS hat mitgeteilt, dass die Rente in Westdeutschland zum 01.07.2016 um 4,25 Prozent steigt, in den neuen Ländern sogar um 5,95 Prozent.

Grundlage der Rentenanpassung ist die Lohnentwicklung. Die für die Rentenanpassung relevante Lohnsteigerung beträgt 3,78 Prozent in den alten Ländern und 5,48 Prozent in den neuen Ländern. Hinzu kommen aber auch noch einige statistische Nebeneffekte, wie z.B. der sog. Nachhaltigkeitsfaktor, die in der Summe zu dem oben genannten Ergebnis führen.

Es handelt sich um die stärkste Rentenerhöhung seit 23 Jahren. Der Beitragssatz von derzeit 18,7 % bleibt unverändert.



Rückwirkende Befreiung vom Rundfunkbeitrag?

Der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio ist recht gnadenlos, wenn es um die Frage einer rückwirkenden Befreiung vom Rundfunkbeitrag geht. Hat man nicht rechtzeitig einen Antrag auf Befreiung gestellt, laufen alle Nachweise, dass man doch hätte befreit werden können, da die weitere Befreiungsvoraussetzung (z.B. Alg II-Bezug) doch nachweisbar ist, ins Leere. Der Beitragsservice beharrt darauf, dass die rechtzeitige Antragstellung - d.h. derzeit Antragstellung binnen zwei Monate nach dem Erstellungsdatum des Bescheids - Voraussetzung für eine Befreiung ist.

Tatsächlich ist diese Vorgehensweise auch durch § 4 Abs. 4 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages (RBSfV) gedeckt. Aber jetzt gibt es die Hoffnung, dass auch eine rückwirkende Befreiung möglich wird, und zwar sogar bis zu drei Jahre rückwirkend! Dies sieht jedenfalls der „Neunzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ vor, der zurzeit zwischen den Bundesländern verhandelt wird. § 4 Abs. 4 RBSfV soll dabei wie folgt geändert werden:

„Die Dauer der Befreiung oder Ermäßigung richtet sich nach dem Gültigkeitszeitraum des Nachweises nach Abs. 7 Satz 2. Sie beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem der Gültigkeitszeitraum beginnt, frühestens jedoch drei Jahre vor dem Ersten des Monats, in dem die Befreiung oder Ermäßigung beantragt wird. . . .“

Befreiungen und Ermäßigungen könnten somit künftig für einen Zeitraum von drei Jahren ab Antragstellung für die Vergangenheit gewährt werden, wenn entsprechende Nachweise für das Vorliegen der Befreiungs- bzw. Ermäßigungstatbestände für diesen Zeitraum vorgelegt werden.

Eine weitere Verbesserung für die Betroffenen liegt in der Einführung einer Vermutungsregelung in Zusammenhang mit Folgeanträgen bei einem längerfristigen Bezug von Sozialleistungen:

„War der Antragsteller aus demselben Befreiungsgrund nach Absatz 1 über einen zusammenhängenden

Zeitraum von mindestens zwei Jahren von der Beitragspflicht befreit, so wird bei einem unmittelbar anschließenden, auf denselben Befreiungsgrund gestützten Folgeantrag vermutet, dass die Befreiungsvoraussetzungen über die Gültigkeitsdauer des diesem Antrag zugrunde liegenden Nachweises nach Abs. 7 Satz 2 hinaus für ein weiteres Jahr vorliegen. Ist der Nachweis nach Abs. 7 Satz 2 unbefristet, so kann die Befreiung auf drei Jahre befristet werden, wenn eine Änderung der Umstände möglich ist, die dem Tatbestand zugrunde liegen.“

Durch diese die Vermutungsregelung würde das Verfahren zugunsten der Antragssteller vereinfacht und das Erfordernis wiederholter Antragstellungen deutlich reduziert. Der hier relevante Artikel 4 des 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrags soll zum 01.01.2017 in Kraft treten, sofern die jeweiligen Landesparlamente dem Entwurf bis dahin zugestimmt haben.

Den aktuellen Entwurf inklusive Begründung gibt es hier:

<http://tinyurl.com/ztod6re>

Studium und Ausbildung während des Asylverfahrens

Das BMAS hat in einem Schreiben bestätigt, dass Lebensunterhaltsleistungen nach dem AsylbLG während des Grundleistungsbezugs, also innerhalb der ersten 15 Monate auch zu gewähren sind, wenn ein Studium oder eine sonstige Ausbildung aufgenommen wird. Einen Leistungsausschluss gibt es im AsylbLG nicht.

Zu beachten ist aber, dass nach 15 Monaten Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII besteht, das in § 22 SGB XII einen Leistungsausschluss vorsieht.

Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen noch als Beihilfe oder Darlehen gewährt werden.

Der Paritätische Gesamtverband bietet mit der Handreichung „Der Zugang zur Berufsausbildung und zu den Leistungen der Ausbildungsförderung für junge Flüchtlinge und junge Neuzugewanderte“ einen guten Überblick der Förderinstrumente und Zugänge zur Ausbildungsförderung nach Aufenthaltsstatus an:

<http://snipurl.com/2ahjtq5>

Sachverständige fordern Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben mit zwei Anträgen (BT 18/6651 und 18/4307) deutliche Verbesserungen der Situation von Alleinerziehenden gefordert. In einer Anhörung des Familienausschusses haben sich auch die Sachverständigen dafür ausgesprochen, die Befristung des Unterhaltsvorschusses von 72 Monaten pro Kind zu streichen. Die Bezugsgrenze sollte nach Ansicht der Experten vom zwölften auf das achtzehnte Lebensjahr

des Kindes angehoben werden. Außerdem wird gefordert, das Kindergeld zukünftig nur noch zu 50 Prozent auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen.

Einig waren sich die Sachverständigen auch in der Notwendigkeit des Ausbaus der Ganztagsbetreuung. Unterschiedliche Auffassungen gab es zu der Frage, ob eine finanzielle Besserstellung über das Steuerrecht oder das Sozialrecht gewährleistet werden soll.

Rezension

Aktivierende Soziale Arbeit mit nicht-motivierten Klienten

Gehrmann - Müller (Hg.)

Aktivierende soziale Arbeit mit nicht motivierten Klienten ist eine Herausforderung im Alltag Sozialer Arbeit. Dieser Grundgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die Veröffentlichung von Gehrmann und Müller.



Verschiedene Autorinnen und Autoren setzen sich in verschiedenen Beiträgen mit unterschiedlichen Standpunkten zu dieser Thematik auseinander; alle haben jahrelange Erfahrungen in Theorie und Praxis sozialer Arbeit. Grundkonsens ist eine stärken- und ressourcenorientierte Herangehensweise an die Theorie und Praxis sozialer Arbeit. Wobei diese Herangehensweise nicht nur ein theoretisches, sondern auch ein methodisches Gebot sein sollte. Nur so wird soziale Arbeit eine „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Dieser grundlegende Ansatz ist in der sozialen Arbeit nicht neu, jedoch kann das Buch eine Aufforderung sein, die eigene soziale Arbeit im Hinblick auf eine ressourcenorientiertes Herangehensweise mit dem Ziel der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu überprüfen. Aufgrund bestehender Arbeitsbedingungen, in der „Zeit“ und „Anforderungen der Geldgeber“ eine große Rolle spielen, gehen im Alltag schon längst bekannte Ansätze verloren.

Fazit:

Das Buch von Gehrmann und Müller regt eine Reflektion der eigenen sozialen Arbeit an und bietet zusätzlich methodische Arbeitshilfen für die konkrete Arbeit mit einer Zielgruppe, die aufgrund komplexer Problematiken schwierig zu motivieren ist.

WALHALLA Verlag
ISBN 978-3-8029-7540-0
200 Seiten
Preis: 29,95 EUR

App zur beruflichen Anerkennung

Eine neue App informiert in fünf Herkunftssprachen von Flüchtlingen über berufliche Anerkennung.

Flüchtlinge können sich per Handy über Möglichkeiten zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikationen informieren. Die App „Anerkennung in Deutschland“ für Android-, iOS- und Windows-Geräte ist in den fünf wichtigsten Herkunftssprachen von Geflüchteten (Arabisch, Dari, Farsi, Tigrinya und Paschtu) sowie auf Deutsch und Englisch verfügbar. Sie bietet einen Einstieg in das Thema, erklärt in einfacher Sprache das Anerkennungsverfahren und verlinkt zu Informations- und Beratungsangeboten.

Die App bietet auch einen leichten Zugang zu Beratungsstellen, da Nutzerinnen und Nutzern die nächstgelegene Beratungsstelle des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ samt Kontaktdaten angezeigt wird. Dort werden sie persönlich beraten und unterstützt.

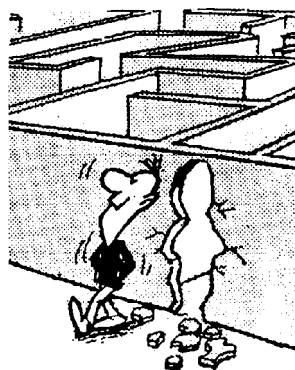
Download unter:

www.anerkennung-in-deutschland.de/app

Gleichzeitig wurde das Anerkennungsportal der Bundesregierung

www.anerkennung-in-deutschland.de

um eine arabische Sprachversion erweitert - denn ein Großteil der Geflüchteten spricht Arabisch. Damit steht das Hauptangebot des Portals nun in neun Sprachen zur Verfügung.



„Neue Wege gehen.“

Studifinder künftig bundesweit

Der Studifinder ist ein gemeinsames Angebot der öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen und Universitäten des Landes NRW und dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) des Landes. Der Studifinder (www.studifinder.de) hilft seit 2012 Studieninteressierten, sich in diesem breit gefächerten Angebot an Studiengängen zurechtzufinden, tragfähige Entscheidungen für den Übergang von der Schule, Ausbildung oder Beruf zur Hochschule zu treffen, und Anregungen für passende Studiengänge geben. Dadurch sollen den Studieninteressierten unnötige Frustrationen erspart und ein Fachwechsel oder gar Studienabbruch vermieden werden.

Bislang umfasst der Studifinder 2.128 Studiengänge an Hochschulen des Landes NRW, die zu einem ersten Hochschulabschluss führen.

Jetzt soll das innovative Online-Instrument des Landes Nordrhein-Westfalen auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Dazu vereinbarten das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesagentur für Arbeit die gemeinsame Weiterentwicklung des Online-Beratungsportals. Das Internet-Angebot soll dadurch auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Das neue Angebot soll ab März 2017 zur Verfügung stehen.

IAB - Aktueller Bericht 10/2016:

Entwicklung der Zahl der Aufstocker nach Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015

(Kerstin Bruckmeier / Jürgen Wiemers)

Die Zahl der abhängig beschäftigten Leistungsbeziehenden (sog. Aufstocker) ist von Dezember 2014 auf Januar 2015 um ca. 23 Tsd. gesunken (-2%). Vor allem geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Vollzeitbeschäftigung sind zurückgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Januar 2015 fast 44.000 abhängig beschäftigte Leistungsbeziehende, sogenannte Aufstocker, weniger. Der übliche Rückgang im Januar fiel stärker aus als in den letzten Jahren und geht überwiegend auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurück.

Der Rückgang der geringfügigen Beschäftigung von Leistungsbeziehenden erklärt sich aus dem Anstieg der Abgänge aus dieser Beschäftigungsform im Januar 2015. Eine deutliche Abnahme bei den Zugängen in geringfügige aufstockende Beschäftigung zeigt sich bisher nicht.

Bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen von Leistungsbeziehenden zeigen sich zum

Jahreswechsel 2014/2015 keine sprunghaften Veränderungen. Im Januar 2015 stiegen sowohl Zu- als auch Abgänge leicht an.

Übergänge aus aufstockender Beschäftigung in Beschäftigung ohne Leistungsbezug treten im Januar 2015 nicht häufiger auf als sonst, in den Folgemonaten zeigt sich allerdings ein leichter Anstieg. Gleichzeitig ist ein Anstieg bei den Übergängen aus aufstockender Beschäftigung in den Leistungsbezug ohne Beschäftigung zu erkennen.

Bei den Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Bedarfsgemeinschaften mit Erwerbseinkommen zeigen sich im Januar 2015 kaum Steigerungen. Neben Anpassungen bei der Arbeitszeit sind vor allem Lohnerhöhungen bereits vor Einführung des Mindestlohns als eine Ursache wahrscheinlich. Dabei könnte die Mindestlohneinführung die positive Lohnentwicklung der letzten Jahre bei den Aufstockern verstärkt haben.

<http://tinyurl.com/jdo88bx>

IAB - Aktueller Bericht 7/2016:

Löhne von Frauen und Männern

(Hermann Gartner)

Frauen verdienen 2014 in Deutschland pro Stunde im Durchschnitt um 22 % weniger als Männer. Das zeigen international vergleichbare Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat). Dieser Lohnunterschied ist in fast allen EU-Ländern geringer als in Deutschland.

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern veränderte sich in Deutschland im Zeitverlauf nur wenig. Langfristig ist der Lohnunterschied im Trend zwar gesunken, zwischenzeitlich (von 1999 bis 2003) ist er aber sogar wieder von 19 auf 23 Prozent gewachsen, was auch an dem Wachstum der Niedriglohnbeschäftigung im betreffenden Zeitraum liegt, von der überwiegend Frauen betroffen sind.

<http://tinyurl.com/hjqnemq>

IAB-Forschungsbericht 7/2016:

Ergebnisse der Evaluation der Modellprojekte öffentlich geförderte Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen

(Bauer / Bendzulla / Fertig / Fuchs)

Die Untersuchung zeigt, dass bei den „Modellprojekten ögB NRW“ die Selektionsprozesse gut funktioniert haben, denn es gibt keine nennenswerten Lock-in-Effekte. Infolge der sorgfältigen Selektion in die Modellprojekte zeigt sich unter den Teilnehmenden eine große Heterogenität an Problemlagen, sowohl auf fachlicher als auch auf persönlicher Ebene. Dieser Heterogenität entspricht auch auf Seiten der Arbeitsanforderungen und des Tätigkeitsspektrums eine große Vielgestaltigkeit. Dass nur in Ausnahmefällen von Über- und Unterforderungen der Teilnehmenden berichtet wird, zeigt auch, dass die individuell passgenaue Vermittlung von Leistungsfähigkeit und Anforderungsstruktur der

Arbeit weitgehend gelungen ist. Dies wurde in der Regel kooperativ durch Anleiter und Jobcoaches vollzogen und von verschiedenen Verfahren der Kompetenzfeststellung flankiert.

Für die Begleitung der geförderten Beschäftigung ist es ausschlaggebend, dass (bzw. ob) und wie sie in die Organisationsstruktur der Beschäftigungsträger eingebunden ist. Unterschiedliche Umsetzungsformen der Begleitung zeigen, dass „sozialpädagogische Begleitung nicht gleich sozialpädagogischer Begleitung“ ist.

Die Evaluation deutet darüber hinaus arbeitsmarktpolitische Desiderate

(Erwünschtes) an: Es gibt unter den Teilnehmenden an den Modellprojekten auch eine qualifizierte Minderheit, die (noch) nicht für den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt gerüstet ist. Hier zeigt sich der Bedarf an einem sozialen Arbeitsmarkt für Personen, die länger brauchen als maximal zwei Jahre, um wieder in den allgemeinen Arbeitsmarkt einsteigen zu können. Für Personen, die weder kurz- noch mittelfristige Aussichten auf eine Zukunft am Arbeitsmarkt haben, fehlen Fördermöglichkeiten.

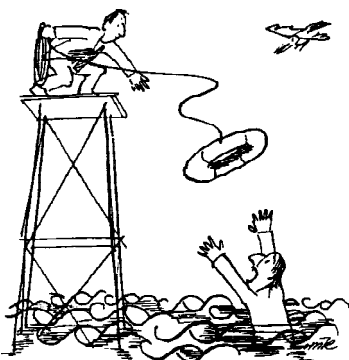
<http://tinyurl.com/jpkbscw>

ArbeitslosenZentrum Düsseldorf 2015: Kompetente Beratung weiterhin gefragt

Zielgruppe unseres Beratungsangebots sind Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, insbesondere Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitslose (50 +), Geringqualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte (psychisch und physisch eingeschränkte Menschen), Alleinerziehende und Berufsrückkehrerinnen, deren Arbeitslosigkeit stets die Gefahr von Verarmung und Ausgrenzung mit sich bringt. Hinzu kommen verstärkt auch (Teil-)Erwerbstätige, die mit ihrem Erwerbseinkommen das Existenzminimum für sich und ihre Familie nicht sichern können und auf ergänzende SGB II-Leistungen angewiesen sind.

Unser niederschwelliges, auf Freiwilligkeit und Vertraulichkeit basierendes Beratungsangebot ergänzt in wertvoller und überzeugender Weise die örtlichen Strukturen. Wir

- bieten **fachkompetente Beratung** für arbeitssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte und geringverdienende Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger in allen Problemen rund um die Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung.
- unterstützen die **berufliche Orientierung, Stellensuche und Bewerbungsbemühungen** Langzeitarbeitsloser.
- **koordinieren** den Austausch zwischen den Arbeitsloseneinrichtungen der verschiedenen Träger in Düsseldorf und Umgebung und
- halten ein breites **Serviceangebot** für Multiplikator/-innen in der Sozialen Arbeit in Düsseldorf vor.



AZD-Leistungen 2015 auf einen Blick

- 3.527 Sozial-Beratungsgespräche
- 1.223 PC-Nutzungen für Internet-Stellensuche und Bewerbung
- 1.129 Antragsprüfungen Düssel-Pass
- 480 Mal persönliche Bewerbungsassistenz für 282 Personen
- 81 Ausstellungen Arbeitslosen-Pass
- 24 Merkblätter (Selbstinformationssystem)
- 4 Gruppenberatungen (55 TN)

Leistungen für Multiplikator/-innen:

- 159 Beratungen für Multiplikator/-innen
- 4 Zeitungsausgaben SOZIAL INFO
- 4 Übersichten zu
 - Lebensmittelausgabestellen,
 - Fort- und Weiterbildungsträgern in Düsseldorf und Umgebung
 - Förderprogrammen nach dem SGB II / SGB III
 - Gesundheitsförderangeboten in Düsseldorf
- 2 Koordinationstreffen EBS / Alz in Koop. mit der Regionalagentur Düsseldorf/Kreis Mettmann
- 1 Info-Veranstaltung zum SGB II im Jobcenter Düsseldorf (44 TN)
- 1 Neuauflage des Beratungsstellen-Wegweisers 2015 „Der Beste Weg“ (Adressverzeichnis soz. Einrichtungen in D'dorf)

Breites Lob der Ratsuchenden

Die alljährliche Befragung zur Zufriedenheit der Ratsuchenden ergab für 2015 erneut mit über 90 % eine sehr gute Beurteilung. Der Anteil derer, die uns bestätigen, nach der erhaltenen Beratung nun ihre Angelegenheiten wieder eigenständig weiterverfolgen zu können, ist im Unter-

schied zum Vorjahr erfreulicherweise um 6 % auf 61 % gestiegen. Dennoch ist erkennbar, dass vor der Einführung des SGB II im Jahr 2005 deutlich mehr Menschen die selbstständige Weiterverfolgung ihrer Problemlösungen möglich war, nämlich über 80 % der Befragten.

IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 2/2016

Herausgeber:
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: azd@zwd.de
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:
Petra Jungen, Jürgen Lies

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Preise: Version Print 20,- EUR*
Version Print plus PDF 24,- EUR*
Version PDF-Solo 15,- EUR*

*Alle Preise inkl. MwSt., Versand und Verpackung

Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,
BIC: DUSSEDD33

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
Tel.: 0211 / 379400



Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“ wird gefördert vom Amt für Soziale Sicherung und Integration



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Mit finanzieller Unterstützung des Landes
Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen





Caritas EnergieSparService



Energieberatung zu Hause: Energie sparen – **Geld sparen!**

Wir beraten Sie kostenlos und bequem bei Ihnen zu Hause, insbesondere zur Senkung Ihres Stromverbrauchs, so dass Sie bares Geld sparen können.

Unser Angebot für Sie:

- **Das Stromspar-Paket:** Ein wichtiger Teil der Aktion sind Soforthilfen, die Sie kostenlos erhalten. Das Paket besteht aus hochwertigen LED-Lampen, schaltbaren Steckdosenleisten, Perlatoren, Duschsparköpfen u.v.m.
- Wir können Ihnen mit einem **Zuschuss** von **150,00 € (100,00 €)** helfen, wenn Ihr alter Kühlschrank ein Stromfresser ist und Sie Ihren Kühlschrank gegen ein neues A+++-Gerät (A++-Gerät) austauschen.
- **Vor-Ort-Analyse** des Energieverbrauchs in Ihrem Haushalt und Erstellung eines **maßgeschneiderten Plans** mit Spar- Vorschlägen
- Prüfung des **Wasserdurchlaufs** Ihrer Armaturen
- **Lampen-Check**
- Messung / Tipps zur Einstellung der **korrekten Temperatur** Ihrer Kühl- und Gefriergeräte

Sie sind:

- BürgerIn der Stadt Düsseldorf und
- BezieherIn von ALG II bzw. Grundsicherung, Wohngeld oder
- Düsselpass-InhaberIn oder
- GeringverdienerIn

Dann können Sie kostenlos den Caritas-EnergieSparService in Anspruch nehmen. **Und bald schon viel Geld sparen!**

Rufen Sie uns an:

Unsere HOTLINE:

Telefon: **0211 / 16 02 – 2312**

Mo – Do: 8.00 – 16.00 Uhr

Fr.: 8.00 – 12.00 Uhr

Caritasverband Düsseldorf

EnergieSparService

Völklinger Straße 24-36

40221 Düsseldorf

energiesparservice@caritas-duesseldorf.de

www.caritas-duesseldorf.de